

Kotzab, Mario; Pflug, Maximilian

Research Report

Das bedingungslose Grundeinkommen

Beiträge der Hochschule Pforzheim, No. 157

Provided in Cooperation with:

Hochschule Pforzheim

Suggested Citation: Kotzab, Mario; Pflug, Maximilian (2016) : Das bedingungslose Grundeinkommen, Beiträge der Hochschule Pforzheim, No. 157, Hochschule Pforzheim, Pforzheim, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:951-opus-303>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/145129>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

BEITRÄGE DER HOCHSCHULE PFORZHEIM

Mario Kotzab, Maximilian Pflug
Das bedingungslose Grundeinkommen

Nr. 157

Herausgeber: Prof. Dr. Thomas Hensel, Prof. Dr. Norbert Jost, Prof. Dr. Thomas Cleff, Prof. Dr. Roland Scherr, Prof. Dr. Christa Wehner, Prof. Dr. Hanno Beck (geschäftsführend; Hanno.beck@hs-pforzheim.de)

Sekretariat: N.N.
Hochschule Pforzheim
Tiefenbronner Str. 65
75175 Pforzheim
E-Mail: beitraege.hochschule@hs-pforzheim.de

Ausgabe: März 2016
ISSN 0946-3755

Mario Kotzab, Maximilian Pflug

Das bedingungslose Grundeinkommen

Mario Kotzab

Westliche Karl Friedrichstr. 225

75172 Pforzheim

Mario Kotzab ist Student im Studiengang Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Einkauf/ Logistik an der Hochschule Pforzheim.

Maximilian Pflug

Eschenweg 5

74385 Pleidelsheim

Maximilian Pflug ist Student im Studiengang Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Controlling, Finanz- und Rechnungswesen an der Hochschule Pforzheim.

Vorwort der Verfasser

Faszination Bedingungsloses Grundeinkommen:

Führt es in eine zementierte staatliche Abhängigkeit oder eröffnet es Chancen zu neuer Freiheit und Selbstverantwortlichkeit? Ist es die Idee einiger weniger Idealisten, oder existieren realistische Chancen zur Finanzierung und Umsetzung?

Diese Fragen haben nicht nur uns bei der Bearbeitung des Themas bewegt. Vor allem deshalb, weil wir der Meinung sind, dass die gegenwärtig gute Wirtschafts- und Finanzlage unseres Staates fraglich ist. Zunehmende Lebenserwartung, niedrige Geburtenraten und steigende Flüchtlingszahlen werden unsere Sozialkassen in Zukunft stark belasten. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um sozialstaatliche Konzepte auf den Prüfstand zu stellen.

Die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens wäre eine Abkehr von unserem Prinzip der Subsidiarität. Anstelle der Eigenverantwortung des Einzelnen käme ein Einkommen ohne Arbeitszwang und ohne Bedürftigkeitsprüfung. Für uns lag die Vermutung nahe, dass vor allem Vertreter sozial schwächerer Schichten ein Grundeinkommen befürworten. Die Realität sieht allerdings anders aus: Vertreter aller politischen Couleure befürworten ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Ausprägungen der Grundeinkommenskonzepte zeigen allerdings große Unterschiede auf.

Wir fanden es deshalb spannend, uns zunächst einen Überblick über die verschiedenen Konzepte zu verschaffen. Bewusst haben wir danach Konzepte aus ganz unterschiedlichen politischen Richtungen verglichen und deren Umsetzbarkeit beurteilt. Denn nicht alles, was bedingungslos glücklich macht, ist auch realisierbar.

Pforzheim, 20.09.2015

Mario Kotzab, Maximilian Pflug

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung / Summary	6
1 EINLEITUNG	7
1.1 BEGRIFFSABGRENZUNG UND ENTSTEHUNG	8
1.2 RAHMENBEDINGUNGEN IN DEUTSCHLAND	9
2 GRUNDEINKOMMENSKONZEPTE	9
2.1 MODELLE IM ÜBERBLICK	9
2.2 DAS PRINZIP DER NEGATIVEN EINKOMMENSTEUER	12
2.3 DAS SOLIDARISCHE BÜRGERGELD	12
2.4 DAS MODELL NACH GÖTZ WERNER	15
2.5 EMANZIPATORISCHES GRUNDEINKOMMEN – BAG/ DIE LINKE	16
2.6 GRUNDSICHERUNGSMODELLE	18
3 ÖKONOMISCHE ANALYSE - PERSPEKTIVEN UND BEWERTUNG.....	19
3.1 ÖKONOMISCHE ASPEKTE	19
3.1.1 Grafische Darstellung des Einkommensvergleichs	19
3.1.2 Finanzierbarkeit und Steuern	21
3.1.3 Arbeitsmarktpolitische Auswirkungen.....	23
3.2 GESELLSCHAFTLICHE ASPEKTE	25
3.2.1 Chancen des BGE	25
3.2.2 Risiken des BGE	26
4 BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN WELTWEIT.....	27
5 FAZIT	28
LITERATUR	30

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grafische Darstellung des solidarischen Bürgergelds nach Althaus	14
Abbildung 2: Vergleich von Monatseinkommen bei Grundeinkommensmodellen	20

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zusammenfassende Übersicht - Grundeinkommenskonzepte	11
Tabelle 2: Vergleich Monatseinkommen bei Grundeinkommensmodellen mit dem	20
Tabelle 3: Jährlicher Finanzierungsbedarf	22
Tabelle 4: Vergleich der bisherigen Sozialkosten mit GE-Modellen	22

Zusammenfassung

Der Gedanke, dass jeder Bürger und jede Bürgerin in unserem Staat ein Anrecht auf ein Einkommen – unabhängig von einer Erwerbstätigkeit – hat, ist für viele Menschen verlockend. In diesem Beitrag wird zunächst geklärt, was ein bedingungsloses Grundeinkommen ist und wie sich die Rahmenbedingungen in Deutschland gestalten. Danach erfolgt ein Überblick über die existierenden Grundeinkommensmodelle. Des Weiteren soll betrachtet werden, wie man ein solches Grundeinkommen finanzieren könnte und welche Höhe es mindestens beziehungsweise höchstens haben sollte. Um diese und weitere Fragen zu beantworten, werden einige der bereits bestehenden Modelle genauer betrachtet und bewertet. In dieser Analyse werden auch die ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen diskutiert. Ein abschließendes Fazit fasst die persönlichen Eindrücke und Schlussfolgerungen zusammen.

Stichwörter: Sozialpolitik; Grundeinkommen; Bürgergeld, negative Einkommensteuer

JEL-Klassifikation: D63, H 55, I 38

1 Einleitung

Deutschland – Ein Land, das schon seit Jahrzehnten als Sinnbild für Wohlstand, Wirtschaftlichkeit und soziale Gerechtigkeit steht. Vor allem unsere Sozialsysteme werden in der ganzen Welt als Vorbild geachtet. Doch Altersarmut, Bürokratie und Reformen, wie zum Beispiel Hartz IV geben Anlass zu Unsicherheit und Unzufriedenheit. Seit Einführung der Hartz-Reformen gibt es in Deutschland eine intensivere Debatte über Armut und soziale Sicherung. Hohe Auflagen für Antragsteller und geringe Grundversicherung lösen Sorgen und Proteste aus. Deshalb stellt sich die Frage, ob die bestehenden sozialen Sicherungen und Netzwerke ausreichen, um gefährdete Gruppen vor dem Abstieg in die Armut zu bewahren. Die Gesellschaft muss sich entscheiden: Wie soll sie mit den Menschen umgehen, die ohne Arbeit sind, wenn die Arbeitslosigkeit wieder steigt?

Eine Alternative zum bestehenden System und eine damit einhergehende Lösung bietet für viele Parteien das bedingungslose Grundeinkommen. Seine Befürworter glauben, dass man dadurch sämtliche Probleme in Bezug auf Armut und die damit verbundene Ausgrenzung aus der Gesellschaft beenden kann. Sie erwarten, dass die Menschen – vom Zwang des Broterwerbs befreit – ihre freigewordene Energie in soziale und kulturelle Projekte einbringen. Doch kann sich ein solches Konzept durchsetzen? Welche Voraussetzungen müssten geschaffen werden um eine Umsetzung zu ermöglichen? Mit welchen Argumenten versuchen die Befürworter, ihr Vorhaben zu rechtfertigen und warum wird ein bedingungsloses Grundeinkommen nach Meinung der Kritiker scheitern?

Auf den folgenden Seiten wird geklärt, was ein bedingungsloses Grundeinkommen ist und wie die Rahmenbedingungen in Deutschland sind. Es wird erläutert, warum die Befürworter an die Durchführbarkeit glauben und die Kritiker dem Konzept skeptisch gegenüberstehen. Des Weiteren soll betrachtet werden, wie man ein solches Grundeinkommen finanzieren könnte und welche Höhe es mindestens beziehungsweise höchstens haben sollte. Auch die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft werden diskutiert. Um diese und weitere Fragen zu beantworten, werden einige der bereits bestehenden Modelle betrachtet und bewertet. Ein kurzer Blick über Deutschland hinaus spiegelt den Stand weltweit wider. Da noch in keinem Staat der Welt das Bedingungslose Grundeinkommen flächendeckend eingeführt wurde, sind auch dies nur Erklärungsversuche. Ein abschließendes Fazit fasst die persönlichen Eindrücke und Schlussfolgerungen zusammen und spiegelt die eigenen Meinungen der Verfasser wider.

1.1 Begriffsabgrenzung und Entstehung

Die Kosten unserer Sozialsysteme steigen Jahr für Jahr, trotzdem hat man nicht das Gefühl, dass auch die Leistungen für die Empfänger steigen. Mit Veränderung der Alterspyramide werden die Probleme in Zukunft noch größer. Deshalb sind alternative Konzepte, wie das des Bedingungslosen Grundeinkommens, in Betracht zu ziehen. Die Idee des BGE besteht darin, dass jedem Bürger, ob erwerbstätig oder nicht, ein monatliches, festgelegtes Einkommen zur freien Verfügung steht. Nach einer Definition von Götz Werner und Adrienne Goehler müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Existenzsicherung für alle Bürger
- Keine Bedürftigkeitsprüfung
- Kein Zwang zur Arbeit¹

Es muss keine Bedürftigkeitsprüfung durchgeführt werden und in Folge dessen findet keine gesellschaftliche Ausgrenzung statt. Damit unterscheidet sich das BGE grundsätzlich von unserem bestehenden Prinzip des Forderns und Förderns. Die Idee eines solchen Konzeptes ist nicht neu. Schon im alten Sparta existierte im sechsten Jahrhundert vor Christus eine Form des BGE. Hier genossen ausgewählte Teile der Bevölkerung das Privileg einer Grundversorgung.² Im Jahre 1796 formulierte Thomas Paine ein Konzept, das jedem 21-Jährigen einen bestimmten Betrag bedingungslos zur Verfügung stellen sollte. Weiter sollten alle Menschen, die das fünfzigste Lebensjahr erreicht haben, eine Grundrente ausbezahlt bekommen. Um den Vorschlag zu finanzieren, wurde erwägt, eine Art Erbschaftssteuer auf Grundbesitz sowie Eigentum zu erheben.³ Der wohl berühmteste Vorschlag stammt von dem amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler und späteren Nobelpreisträger Milton Friedman.⁴ Er gilt neben J. E. Rhys-Williams als einer der Begründer der negativen Einkommensteuer, die auch heute noch in den USA angewandt wird. In Abschnitt 2.1 wird dieses Prinzip näher erläutert.

Welche Begriffe und Modelle für ein Grundeinkommen auch immer verwendet werden – Sozialdividende, negative Einkommenssteuer, Bürgergeld oder BGE – eines ist ihnen gemeinsam: Ein Ziel ist es, die Bürokratie unserer Sozialsysteme zu vereinfachen.

¹ Vgl. Werner, Goehler (2014), S. 226.

² Vgl. Werner, Goehler (2014), S. 21.

³ Vgl. Blaschke (2012a), S. 17.

⁴ Vgl. Eichhorn, Friedrich, Presse, Werner (2012), S. 10.

1.2 Rahmenbedingungen in Deutschland

Mit der Einführung von Hartz IV im Jahre 2004 wurde die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland intensiviert. Anlass hierfür war unter anderem auch, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt sehr problematisch war. Dadurch entstand bei vielen Menschen der Wunsch nach einem existenz- und teilhabesichernden Grundeinkommen. Seit dem damaligen Status Quo hat sich einiges verändert. Wie kann das bedingungslose Grundeinkommen in das heutige deutsche Steuer- und Sozialversicherungssystem integriert werden? Zunächst soll die Situation auf dem Arbeitsmarkt analysiert werden im April 2015 waren 2.842.844 Personen arbeitslos.⁵ Doch nicht nur die Arbeitslosenstatistik ist entscheidend. Heutzutage sind immer mehr Menschen bis ins hohe Alter erwerbstätig. Ein Grund dafür kann die rückläufige Geburtenrate sein. Des Weiteren steht Deutschland vor einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.⁶ Aufgrund dessen ist die deutsche Wirtschaft mehr und mehr auf junge, qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen.⁷ Für die in Deutschland lebenden Geringqualifizierten könnte es in Zukunft aufgrund der fortschreitenden Automatisierung keine Arbeit mehr geben. Vor der Einführung eines BGE muss sichergestellt werden, dass man diesen Veränderungen besser gerecht wird als bisher. Wendet man sich nun vom Arbeitsmarkt ab und betrachtet das heutige Sozialsystem, wird schnell deutlich, dass die Ausgaben, egal ob Kindergeld, Renten oder Arbeitslosengeld, sehr vielseitig sind. Insgesamt belaufen sich die Ausgaben für unser Sozialsystem im Jahre 2013 auf 812,2 Mrd. Euro bei einer Sozialleistungsquote von 29,7 % (v.H. vom Bruttoinlandsprodukt).⁸ Die Einführung eines BGE würde unsere heutigen sozialen Strukturen drastisch verändern. Auf den folgenden Seiten wird näher darauf eingegangen, inwieweit die unterschiedlichen Modelle unter anderem das deutsche Sozialsystem beeinflussen.

2 Grundeinkommenskonzepte

2.1 Modelle im Überblick

So vielfältig wie die politischen Meinungen in Deutschland sind auch die Vorschläge für ein Grundeinkommen. Die unterschiedlichen Modelle lassen sich nicht pauschal den Parteien zuordnen, da oftmals nur Gruppierungen innerhalb der Parteien die Konzepte vertreten. Trotzdem kann man die politischen Tendenzen in den Modellen er-

⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2015), S. 58.

⁶ Vgl. Zimmermann (2013), S. 14

⁷ Vgl. Zimmermann (2013), S. 24 f.

⁸ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014), S. 6.

kennen. Um eine möglichst ideologiefreie Einschätzung und Bewertung am Ende dieser Arbeit vornehmen zu können, ist eine übersichtliche Auflistung der in Deutschland existierenden Vorschläge für ein Grundeinkommen hilfreich. Für einen besseren Überblick sorgt Tabelle 1, die die wichtigsten Konzeptionen enthält.

Drei der Modelle ohne Bedingungen werden im Anschluss näher erörtert. Die Auswahl wurde unter folgenden Aspekten getroffen: Einerseits nach Bekanntheitsgrad, da nur ein hinreichend in der Bevölkerung bekanntes Modell die Chance auf Umsetzung hat und andererseits nach dem rechnerischen Nachweis der Finanzierbarkeit. Leider ist dies ein Schwachpunkt der meisten Modelle. Sie sind bezüglich der Finanzierbarkeit nicht konkret ausgearbeitet. Um auch das Parteienspektrum entsprechend zu repräsentieren wird auch auf das liberale Bürgergeld und die grüne Grundsicherung kurz eingegangen. Da diese an Bedingungen geknüpft sind, werden sie nicht als BGE bezeichnet, sondern fallen unter den Begriff der Grundsicherung.

Bei den ausgewählten Modellen soll in Kurzfassung auf Grundsätzliches wie Verfechter, berechtigter Personenkreis, Höhe des Transfers, Ableitung der Höhe der GE-Kosten aber auch auf die Frage der Finanzierbarkeit eingegangen werden. Die drei bekanntesten Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens – das emanzipatorische Grundeinkommen der Linken, das solidarische Bürgergeld von Dieter Althaus und der Vorschlag von Götz Werner – werden im Folgenden näher erläutert und sind deshalb in der Tabelle grau hervorgehoben.

Name Vertreter Jahr	Berechtigter Personenkreis	Höhe GE Sozialversicherung	Ableitung Höhe GE Kosten	Finanzierung
Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeeinitiativen Existenzgeld 2008	Alle in Deutschland Lebenden	1.060 € KV/PV kostenfrei	Warenkorb 873 Mrd. €	50 % des Netto- einkommens + Erhöhung vieler anderer Steuern
Emanzipatorisches GE BAG/ DIE LINKE 2012	Alle mit Erstwohnsitz in Deutschland	1.080 € Kinder: 540 € KV/PV kostenfrei ¹	50 % des Volkseinkommens 985 Mrd. € brutto ²	33,5 % Brutto- abgabe + viele andere St. ³
Sozialdividende Matthias Dilthey 2008	Alle in Deutschland mit legalem Aufenthaltsstatus	1.100 € K: 500 € KV/PV kostenfrei	60% durchschn. Brutto EK 800 Mrd. €	Neue Sozial USt Est 50% höhere EK
Solidarisches GE Negative EKSt Piratenpartei Johannes Israel/Frank Mai 2012	Alle mit Hauptwohnsitz oder Aufenthaltsurlaub nis in Deutschland	540 € +KdU = 900 € KV/PV kostenfrei	Ableitung: keine Angaben 566 Mrd. €	50 % Flat Tax 15 % Zusatz ESt bei Bezug KdU
Grünes Grundeinkommen Grüne Jugend 2012	Alle mit Hauptwohnsitz oder Aufenthaltsver- fahren in Deutschland	Keine Angaben KV/PV kostenfrei Umwandlung in Bürgervers.	Warenkorb, soziokulturelle Teilhabe soll gesichert seinFinanzbedarf k.A.	Konsumsteuer, VSt, ErbSt, Schenkungssteuer
Grüne Grundsicherung Bündnis 90/die Grünen 2009	Bedürftige, auch Asylbewerber	420 € +KdU Kinder: 500 € Umwandlung zur Bürgervers.	Statistikmethode Finanzbedarf:k.A.	---
Solidarisches GE Negative EKSt SPD Rhein-Erft 2010	Alle, die in Deutschland legalen Wohnsitz haben	800 € (1000) Kinder: 500 € KV/PV kostenfrei	Oberhalb Armutsgrenze 731 Mrd. €	50 % Flat Tax
Liberales Bürgergeld FDP 2009	Bedürftige	662 € ab 18 J. Darlehen für Studium	Statistikmethode Finanzbedarf: k. A.	---
Sozialdividende Attac 2012	Alle in Deutschland Lebenden	1.029 €	Pfändungsgrenze Finanzbedarf: k. A	Höhere EK besteuern + andere Steuern
Modell Götz Werner 2007	Mindestens StaatsbürgerInnen	700-1500 € KV/PV gesondert ⁴	---	Konsumsteuer, Abschaffung aller anderen Steuern ⁵
Sozialdividende Thomas Straubhaar, HWWI 2008	Alle StaatsbürgerInnen Ausländer aufenthalts- abhängig	Variante 1 : 600 € Variante 2:400 € KV/PV Gutscheine	Polit. Entscheidung 256 Mrd. €	Flat Tax oder Mix aus Est und MwSt Erhöhung
Solidarisches Bürgergeld Dieter Althaus 2010	Alle mit Daueraufenthaltsge- nehmigung in Deutschland	400 € 200 € für KV/PV ⁶	782,89 Mrd. € ⁷ (Bruttokosten Bürgergeld)	40 % Flat Tax ⁸
Ulmer Modell Fischer, Pelzer, Scharf 2008	Staats-, EU BürgerInnen, gleichgestellte Migranten	Monatsbetrag: k.A. KV/PV bestehend	Orientierung am Steuerfreibetrag	Sozialabgabe auf Bruttoeinkommen
Sozialdividende Naturfreundejugend 2009	Alle dauerhaft in Deutschland Lebenden	Bis 1000 € KV/PV kostenfrei	Expertengremium Finanzbedarf: k. A	60 % Flat Tax
Garantiertes GE Katholische AN Bewegung 2011	StaatsbürgerInnen mit Wohnsitz in Deutschland	970 € (2009) Bürgerversicherung	Armutsriskogrenze Finanzbedarf: k. A	53 % ab 100.000 JE

Tabelle 1: Zusammenfassende Übersicht - Grundeinkommenskonzepte

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Blaschke (2012b), S. 216-235.

- 1) Vgl. Wolf (2014), S. 30 f.
- 2) Vgl. Wolf (2014), S. 30-32.
- 3) Vgl. Wolf (2014), S. 34.
- 4) Vgl. Werner (2007), S. 99.
- 5) Vgl. Werner (2007), S. 213.
- 6) Vgl. Althaus (2010), S. 40.
- 7) Vgl. Althaus (2010), S. 203.
- 8) Vgl. Althaus (2010), S. 70 f.

2.2 Das Prinzip der negativen Einkommensteuer

In den USA trat die Idee des Grundeinkommens schon in frühen Jahren auf. Bereits 1962 stellte der Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman das Konzept der negativen Einkommensteuer vor. Das Prinzip ist einfach erklärt: Bürger, die ein Einkommen unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Steuerfreibetrag beziehen, sollen die Differenz in Form einer negativen Einkommensteuer erhalten. Das bedeutet, dass aus Steuerzahlungen empfangene Transferleistungen werden.⁹

1975 wurde das System der negativen Einkommensteuer oder auch EITC in den USA eingeführt und hat bis heute Bestand. Dort wird aber vorausgesetzt, dass ein Arbeitseinkommen vorliegt. Das Programm ist für die „Working Poor“ gedacht und soll Arbeitsanreize setzen.¹⁰ Bei den sogenannten „Working Poor“, handelt es sich um arbeitende Menschen, deren Arbeit jedoch so schlecht bezahlt wird, dass es nicht zum Leben reicht. Anders als in Europa ist es in den USA üblich, dass einfache Tätigkeiten, wie zum Beispiel das Einpacken der Einkäufe an der Supermarktkasse von Beschäftigten des Niedriglohnsektors übernommen werden. Diese Entlohnung ist allerdings in der Regel nicht auskömmlich.

Laut eines Vorschlags von US-Präsident Obama vom März 2014 soll das System der negativen Einkommenssteuer vor allem für Familien weiter ausgebaut werden.¹¹ So qualifiziert sich im Jahre 2015 eine Familie mit drei Kindern, wenn sie über weniger als 53.267,00 Dollar Jahreseinkommen verfügt, für diese Art der Unterstützung.¹²

Da die negative Einkommensteuer aber an die Bedingung zu arbeiten geknüpft ist, fällt sie nicht unter den klassischen Begriff eines bedingungslosen Grundeinkommens. Eine Übertragung dieses Systems auf Deutschland ist schwer vorstellbar, da die Zahl der Arbeitsstellen im Niedriglohnsektor in den USA deutlich höher als in Deutschland ist. Vor allem seit der Einführung des Mindestlohns scheint eine reine negative Einkommensteuer in Deutschland nicht sinnvoll. Denn durch den Mindestlohn ist sehr geringen Löhnen ein Riegel vorgeschoben. Wobei erwähnt werden muss, dass eine Familie mit einem Verdiener auch bei einem derzeitigen Mindestlohn von 8,50 € nach amerikanischen Maßstäben von der negativen Einkommenssteuer profitieren würde.

2.3 Das solidarische Bürgergeld

Vertreter. Eines der bekanntesten Modelle zum BGE stammt aus der konservativen Politik. Thüringens ehemaliger Ministerpräsident Dieter Althaus veröffentlichte als aktives CDU-Mitglied das Konzept des solidarischen Bürgergeldes. Schon Thomas Straubhaar favorisierte als Direktor des HWWI dieses Konzept als realistischen An-

⁹ Vgl. Friedman (1962), S. 245 f.

¹⁰ Vgl. Hotz, Joseph; Scholz, John Karl (2001), S. 62.

¹¹ Vgl. Executive Office of the President and U.S. Treasury Department (2014), S. 1.

¹² Vgl. Internal Revenue Service (URL), abgerufen am 13.09.15; 14.00 Uhr.

satz für ein BGE. Er hielt es für besser umsetzbar als das eigene idealtypische BGE Modell.¹³

Berechtigter Personenkreis. Ziel des solidarischen Bürgergeldes ist es, für jeden Bürger das Existenzminimum zu sichern. Das Modell ist an keinerlei Bedingungen geknüpft.

Höhe des BGE und zuständige Institution. Jedem Einwohner Deutschlands steht ab dem 18. Lebensjahr monatlich ein Bürgergeld in Höhe von 600 Euro zu. Eine 200 Euro hohe Gesundheits- und Pflegeprämie ist darin enthalten.¹⁴ Da dieses BGE jedem Bürger zur Verfügung gestellt wird, ersetzt es das Kindergeld und entspricht einer Grundrente.¹⁵ Das solidarische Bürgergeld ist angelehnt an das von Friedman entwickelte Modell einer negativen Einkommenssteuer. Für die Auszahlung des Betrages ist das Finanzamt zuständig. Der einheitliche Steuersatz beträgt 40 % und lässt eine Transfergrenze von 1.500 Euro im Monat entstehen, ab welcher der Bürgergeldbezieher mehr Steuern zahlen muss, als er Bürgergeld erhält.¹⁶ Dies bedeutet, dass bei einer Flat Tax von 40 % und einem Verdienst von 1.500 Euro monatlich eine Steuer in Höhe von 600 Euro anfällt. Die Steuer entspricht aber genau dem solidarischen Bürgergeld. Ein gegenseitiger Ausgleich wäre demnach die Folge. Bei jedem Verdienst unterhalb dieser Transfergrenze erhält der Bürger mehr Geld vom Finanzamt als er Steuern zahlen muss. Bei jedem Betrag darüber fällt eine echte Steuerschuld an.¹⁷

Das Modell der negativen Einkommenssteuer, angewandt auf das solidarische Bürgergeld, ist in nachfolgendem Schaubild dargestellt.

Ursprünglich sollte nach einem großen und einem kleinen Bürgergeld differenziert werden. Das große Bürgergeld hätte nach Althaus 800 Euro und das kleine 400 Euro betragen. Bei einem Einkommen unterhalb der Transfergrenze von 1600 Euro hätte dem Bürger demnach das große Bürgergeld als Mindestbetrag zugestanden. Für den Fall, dass das Einkommen über 1600 Euro lag, wäre das kleine Bürgergeld die bessere Wahl gewesen, da sich die Steuerabgaben auf 25% reduziert hätten.¹⁸ Das alte Konzept wurde in zwei Hauptpunkten kritisiert: Der erste Kritikpunkt war die Finanzierbarkeit. Der zweite Kritikpunkt war der falsche Anreiz für Zweitverdiener in der Familie: Der aus dem Erwerbsleben ausscheidende Ehegatte würde mit dem großen Bürgergeld die Familie besser stellen als mit Teilzeitarbeit.¹⁹ Aufgrund der Kritik am alten Modell wird in der neuen Fassung nicht mehr zwischen einem kleinen und großen Bürgergeld unterschieden. Neu ist auch, dass die Kosten für die Unterkunft im Grund-

¹³ Vgl. Hohenleitner, Straubhaar (2008), S. 84.

¹⁴ Vgl. Althaus (2010), S. 40 f.

¹⁵ Vgl. Althaus (2010), S. 40.

¹⁶ Vgl. Althaus (2010), S. 70 f.

¹⁷ Vgl. Althaus (2010), S. 70 f.

¹⁸ Vgl. Müller (2014) S. 23 f.

¹⁹ Vgl. Sachverständigenrat (2007), S. 235 f.

betrag des Bürgergeldes nicht mehr gedeckt sind. Individuell kann jeder Bürger nach geleistetem Nachweis einen Sonderzuschlag für die Miete erhalten. Somit kann eine gleichmäßige Verteilung erfolgen, unbeeinflusst vom regionalen Mietspiegel. Brutto steht in diesem Fall für das Bürgergeld inklusive den Zuschlägen für Kranken- und Pflegeversicherung, was sich in einer Höhe von 600 Euro widerspiegelt. Diese 600 Euro abzüglich der 200 Euro für Kranken- und Pflegeversicherung werden als Netto-Bürgergeld bezeichnet.²⁰

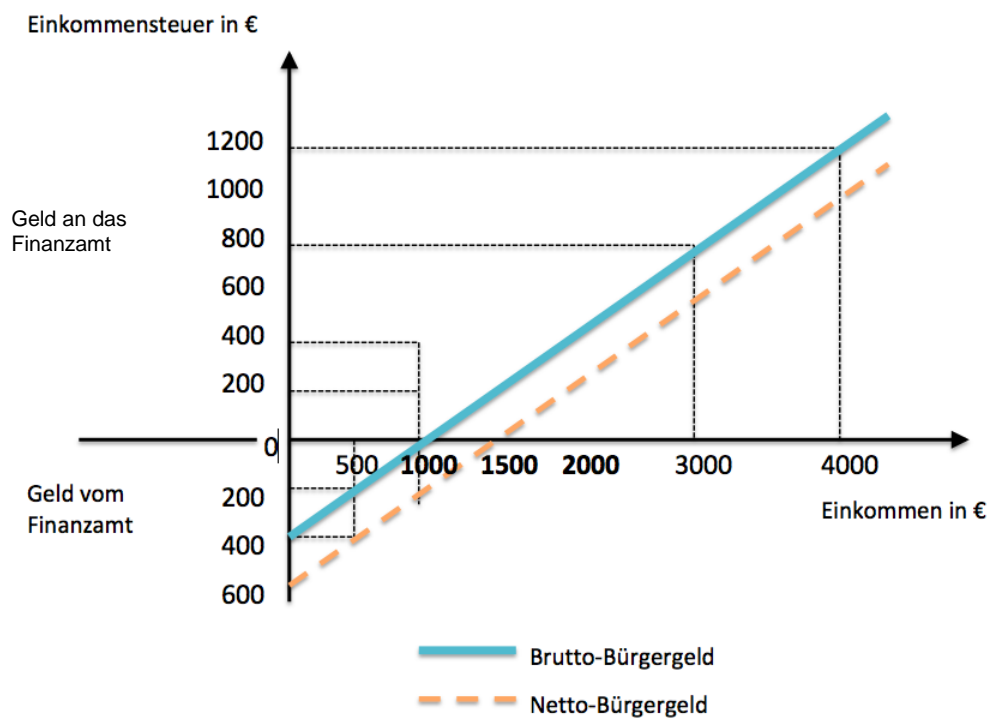


Abbildung 1: Grafische Darstellung des solidarischen Bürgergeldes nach Althaus

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Althaus (2010), S. 82.

Kosten und Finanzierung

Althaus selbst beziffert die zur Finanzierung und Einführung des Bürgergeldes kalkulierten Kosten mit 977,62 Mrd. Euro. Diese Kosten setzen sich aus den 600 Euro Bruttokosten des Bürgergeldkonzeptes in Höhe von 782,89 Mrd. Euro und der steuerlichen Deckungslücke von 194,73 Mrd. Euro zusammen. Die Deckungslücke wird auf die Ausgaben zugerechnet. Sie stellt sich zusammen aus bisherigen Steuereinnahmen, auf die nun verzichtet wird und staatlichen Leistungen die aufgrund des Grundeinkommens nicht mehr angeboten werden. Die damit einhergehenden Kosten für die Veränderung im Finanzsystem sind hier inbegriffen. Die neuen Einnahmequellen wür-

²⁰ Vgl. Althaus (2010), S. 49 f.

den 1036,15 Mrd. Euro betragen und setzen sich aus Einkommenssteuer, neuer Konsumsteuer und einer Lohnsummenabgabe zusammen. Somit wäre ein Überschuss von 58,53 Mrd. Euro zu verzeichnen.²¹ Die Finanzierung des solidarischen Bürgergeldes würde unter anderem über die Einkommensteuer realisiert werden. Demnach würden alle Einkünfte, also auch Einkommen aus Vermietungen sowie Zinsen für jeden Bürger mit einem Steuersatz von 40 % belangt und mit dem Bürgergeld verrechnet werden. Dies ergäbe Einnahmen in Höhe von 555 Mrd. Euro.²² Die Einnahmen aus der Konsumsteuer beziffert Althaus auf 300 Mrd. Euro. Dieser Betrag kommt durch eine einheitliche Umsatzsteuer von 19 % zustande, von der nur Lebensmittel und alkoholfreie Getränke ausgenommen sind.²³

Sozialversicherungssystem. Die Realisierung des solidarischen Bürgergeldes würde das Ende der Sozialversicherungsbeiträge bedeuten. Für Arbeitnehmer würden keinerlei Kosten mehr anfallen. Die Krankenversicherungsprämie in Höhe von 200 Euro hätte zur Folge, dass jede Krankenkasse verpflichtet wäre, jedem Bürger einen Grundtarif für 200 Euro anzubieten.²⁴

Sonderregelungen. Wie oben erwähnt, sieht Althaus für die Rentner, wie für jeden anderen Bürger, eine Grundrente in Höhe von 600 Euro vor. Außerdem ist eine dynamische Zusatzrente für Erwerbstätige vorgesehen, die maximal den dreifachen Wert des Grundeinkommens betragen kann. Diese Zusatzrente richtet sich nach der Dauer der Erwerbstätigkeit und kann ab 60 Jahren in Anspruch genommen werden. Demnach wäre der Altersrentenbezug bei 2400 € gedeckelt. Für die Erziehungsleistung wird allerdings zusätzlich noch eine Elternrente dazu addiert.²⁵ Finanziert wird die Rentenzusatzversicherung durch eine Lohnsummenabgabe in Höhe von 18 %, getragen vom Arbeitgeber.²⁶ Für speziell Bedürftige kann ein Zuschlag beantragt werden. Diese Bedürftigkeit muss allerdings gesondert geprüft und nachgewiesen werden.²⁷

2.4 Das Modell nach Götz Werner

Vertreter. Einer der charismatischsten Vertreter eines Grundeinkommens ist der Unternehmer Götz W. Werner. Werner, der sich als Gründer der dm- Drogeriemarktkette einen Namen gemacht hat, versucht seit einigen Jahren, seinen Traum von einem bedingungslosen Grundeinkommen in Deutschland voranzutreiben.

²¹ Vgl. Althaus (2010), S. 203-204.

²² Vgl. Althaus (2010), S. 184-188.

²³ Vgl. Althaus (2010), S. 194.

²⁴ Vgl. Althaus (2010), S. 55.

²⁵ Vgl. Althaus (2010), S. 61 f.

²⁶ Vgl. Althaus (2010), S. 84.

²⁷ Vgl. Althaus (2010), S. 179.

Berechtigter Personenkreis. Werners Modell ist, wie das bereits zuvor vorgestellte solidarische Bürgergeld, an keinerlei Bedingungen geknüpft. Demnach hätte jeder deutsche Staatsbürger einen Anspruch auf das BGE, unabhängig von Geschlecht, Arbeit, Alter oder Einkommen.²⁸

Höhe des BGE und zuständige Institution. Die Höhe des BGE wurde von Seiten Werners nie eindeutig festgelegt. Allerdings kann man von Beträgen zwischen dem heutigen Steuerfreibetrag von ca. 700 Euro und einem langfristig angesetzten Höchstbetrag von 1500 Euro ausgehen.²⁹

Kosten und Finanzierung. Über die Gesamtkosten eines solchen Konzeptes liegen bisher keine konkreten Zahlen vor. Finanziert werden soll das Ganze durch eine deutliche Anhebung der Konsumsteuer bei gleichzeitiger Reduktion beziehungsweise vollständiger Abschaffung aller übrigen Steuern. Bei der Konsumsteuer wären unterschiedliche Sätze möglich. So sollen Güter des täglichen Grundbedarfs deutlich geringer besteuert werden. Auf Luxusartikel wäre eine sehr hohe Steuer denkbar³⁰

Sozialversicherungssystem. Die Sozialversicherungen werden von Werner ebenfalls angesprochen. Diese plant er vollständig zu erneuern. Demnach sollen die Patienten mehr Eigenverantwortung und Interesse zeigen. Er verurteilt die Verdrossenheit der Menschen und fordert mehr Initiative. Die Versorgung sollte nicht länger nur über die Arbeit gewährleistet sein. Stattdessen sollte jeder für sich selbst entscheiden, wie seine individuelle Versicherung auszusehen hat. Lediglich eine Art „Einheitsversicherung“ nach dem Vorbild der Schweiz sollte gewährleistet werden.³¹

Sonderregelungen. Werner spricht bei seinen Überlegungen davon, dass es durchaus denkbar wäre, gestaffelte Beträge für Kinder und Jugendliche einzuführen. Neben diesen könnten ebenfalls bestimmte Sonderregelungen für speziell pflegebedürftige Menschen festgesetzt werden.³²

2.5 Emanzipatorisches Grundeinkommen – BAG/ Die Linke

Vertreter. Ein von der Partei Die Linke entworfener Vorschlag zum Grundeinkommen war ein in den Jahren 2009/2010, 2012 und 2013 immer wieder bearbeitetes Modell. Es ist unter dem Begriff „Emanzipatorisches Grundeinkommen“ bekannt geworden.³³

Berechtigter Personenkreis. Um ein Anrecht auf das Grundeinkommen zu haben, ist lediglich der Erstwohnsitz in Deutschland notwendig. Damit einhergehend soll auch

²⁸ Vgl. Werner (2014), S. 97.

²⁹ Vgl. Werner (2007), S.99.

³⁰ Vgl. Werner (2007), S. 213.

³¹ Vgl. Werner (2007), S. 113.

³² Vgl. Werner (2007), S. 99 f.

³³ Vgl. Blaschke (2012b), S. 191.

die aktuelle Regelung für die Menschen, die hier illegal oder ohne Wohnsitz leben, außer Kraft treten.³⁴

Höhe des BGE und zuständige Institution. Die Linken setzen sich auch bei der Höhe ihres Grundeinkommens von den anderen Modellen ab. Sie richten die Höhe des Grundeinkommens nach der Höhe des Volkseinkommens aus. Genauer gesagt sollen 50% des Volkseinkommens in Form eines BGE auf die Bürger verteilt werden. Jede der berechtigten Personen hätte ein Anrecht auf 1080 Euro pro Monat, so der Stand im Jahre 2013. Bei erhöhtem Volkseinkommen sollte das BGE ebenfalls steigen.³⁵ Neu ist auch, dass hier eine mit gewählten Bürgern besetzte Körperschaft des öffentlichen Rechts die Rolle der Verwalter und Auszahler übernimmt.³⁶

Kosten und Finanzierung. Zwei Möglichkeiten wurden vorgestellt – eine negative Einkommensteuer sowie eine Sozialdividende. Bei der Sozialdividende handelt es sich um eine Art des Grundeinkommens, welche vor der steuerrechtlichen Überprüfung ausbezahlt wird. Die beiden genannten Formen unterscheiden sich lediglich in der Art der Auszahlung.³⁷ Da man innerhalb der politischen Bewegung das System der Sozialdividende dem der negativen Einkommensteuer vorziehen würde, wird hier nur diese betrachtet.³⁸ Die voraussichtlichen Bruttokosten, die bei der Sozialdividende anfallen, belaufen sich auf ungefähr 985 Mrd. Euro. Einsparungen in Höhe von 122 Milliarden erhofft man sich durch den Wegfall vieler bisher steuerfinanzierter Leistungen. Durch eine Umstrukturierung des Rentensystems erhofft man sich zusätzliche Einsparungsmöglichkeiten.³⁹

Die Umsetzung des Grundeinkommens mündet in die Erhebung neuer Steuern und den Wegfall bisheriger Sozialleistungen.⁴⁰ An erster Stelle steht hier eine Steuer auf Bruttoprimäreinkommen in Höhe von 33,5 Prozent. Ebenfalls sollen Abgaben für Sachkapital, Primärenergieabgaben, sowie eine Steuer für Luxusgüter erhoben werden. Die bisher bestehende Einkommenssteuer bleibt auch weiterhin erhalten, was allerdings eine erhebliche Senkung des Satzes zur Folge hätte. Geplant sind drei verschiedene Sätze, die sich in ihrer Höhe nach dem BGE richten. Bei einem Einkommen bis zum zweifachen des BGE fallen 5 Prozent an, ab diesem bis zum fünffachen 15 Prozent, danach fällt jeder weitere Verdienst unter den Höchstsatz von 25 %. Die Höhe der Beiträge für Krankenversicherung betragen 14 %, bei der Arbeitslosenversicherung lediglich 2 %.⁴¹

³⁴ Vgl. Wolf (2014), S.30.

³⁵ Vgl. Wolf (2014), S. 30 f.

³⁶ Vgl. Blaschke (2012b), S.193.

³⁷ Vgl. Grundeinkommen.de (URL), abgerufen am 22.11.15; 14.50 Uhr.

³⁸ Vgl. Wolf (2014), S. 30.

³⁹ Vgl. Wolf (2014), S. 33.

⁴⁰ Vgl. Wolf (2014), S. 32 f.

⁴¹ Vgl. Wolf (2014), S. 34-36.

Zusatzrenten sollen durch einen siebenprozentigen Versicherungsbeitrag vom Primäreinkommen finanziert werden. Beiträge, die das Lohnneinkommen betreffen, sollen künftig paritätisch aufgeteilt werden.⁴²

Sonderregelungen. Personen unter 16 Jahren haben lediglich ein Anrecht auf die Auszahlung des halben Betrags des BGE.⁴³ Für die Rentner ist die Einführung des BGE von 1080 Euro monatlich eine Grundrente, ergänzt durch eine zusätzliche BürgerInnenzusatzversicherung. Mit den neuen Regelungen soll den Rentnern ab 60 Jahren freigestellt werden, ob sie weiter arbeiten möchten oder nicht. In jedem Fall erhöht sich der Rentenbetrag pro zusätzlich geleisteten Arbeitsmonat.⁴⁴

2.6 Grundsicherungsmodelle

Vertreter. Im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Modellen werden sowohl das liberale Bürgergeld als auch die Grüne Grundsicherung von Parteien vertreten. Beide Konzepte stammen aus dem Jahre 2009.

Berechtigter Personenkreis. Werner, Althaus aber auch Straubhaar vertreten die Ansicht, dass ein Grundeinkommen bedingungslos sein sollte. Anderer Ansicht sind hier die FDP und Bündnis 90/ Die Grünen. Als Voraussetzung für den Erhalt des Grundeinkommens muss die Bedürftigkeit nachgewiesen werden. Bei der Grünen Grundsicherung hätten sogar AsylbewerberInnen einen Anspruch.

Höhe des BGE und zuständige Institution. Bei den Vorstellungen über die Höhe gehen die Meinungen auseinander. Während die Grünen der Ansicht sind, dass zunächst ein Betrag von 420 Euro ausbezahlt werden soll, welcher an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden würde, orientiert sich die FDP an den aktuellen Ausgaben eines ALG-II-Empfängers.⁴⁵ Diese betragen 662 Euro pro Monat.⁴⁶ Die Grünen sehen ebenfalls eine Notwendigkeit in der Erstattung der Kosten der Unterkunft. Als Höhe für die KdU sind ca. 290 Euro vorgesehen.⁴⁷ Zuständig für die Auszahlung der Grundsicherung soll beim Vorschlag der FDP das Finanzamt sein. Die Grünen äußerten sich bis Weilen nicht über die Institution.⁴⁸

Kosten und Finanzierung. Um die Finanzierung der Grünen Grundsicherung zu gewährleisten, sind am heutigen Sozialsystem erhebliche Einschnitte vorzunehmen. Zum einen sollen Leistungen wie Bundeserziehungsgeld, ALG II oder BaföG wegfal-

⁴² Vgl. Wolf (2014), S. 38.

⁴³ Vgl. Wolf (2014), S. 30 f.

⁴⁴ Vgl. Wolf (2014), S. 38.

⁴⁵ Vgl. Blaschke (2010a), S. 157.

⁴⁶ Vgl. Altmiks (2009), S. 13.

⁴⁷ Vgl. Blaschke (2010b), S. 317.

⁴⁸ Vgl. Blaschke (2010a), S. 234.

len, andererseits wird die Abschaffung steuerlicher Freibeträge und des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung in Erwägung gezogen.⁴⁹ Kosten für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sollen künftig durch eine 25 prozentige Flat Tax auf alle Einkommen erhoben werden.⁵⁰ Die jährlich anfallenden Kosten, die zur Finanzierung notwendig wären, belaufen sich auf 893,4 Mrd. Euro. Im Gespräch ist unter anderem auch eine Anhebung der Steuern für Konsumausgaben, Vermögenswerte sowie Umweltschutz.⁵¹ Vorschläge seitens der FDP zur Finanzierung einer solchen Grundsicherung sind bislang nicht bekannt.

3 Ökonomische Analyse - Perspektiven und Bewertung

3.1 Ökonomische Aspekte

3.1.1 Grafische Darstellung des Einkommensvergleichs

Bevor die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der unterschiedlichen Modelle diskutiert werden, wird zunächst dargestellt, wie sich ein BGE auf das Erwerbseinkommen eines Einzelnen auswirkt. Verglichen wird der Ist-Zustand 2015 mit dem Solidarischen Bürgergeld von Althaus und dem emanzipatorischen Grundeinkommen der Linken. Die Auswahl dieser beiden Modelle ist in ihrer entgegengesetzten politischen Richtung begründet. Das Prinzip von Götz Werner wird hier aufgrund der fehlenden konkreten Ausarbeitung nicht berücksichtigt.

⁴⁹ Vgl. Altmiks (2009), S. 19.

⁵⁰ Vgl. Altmiks (2009), S. 19.

⁵¹ Vgl. Altmiks (2009), S. 19.

Bruttoeinkünfte (monatlich in Euro)	Netto heute ⁹	Solid. BG ¹¹ (Althaus)	BAG ¹² (die Linke)
0	763 ¹⁰	764	1080 ¹³
1000	845	1000	1524
1300	980	1180	1680
1500	1091	1300	1770
2000	1357	1600	1987
2500	1620	1900	2193
3000	1872	2200	2389
4000	2342	2800	2746
5000	2814	3400	3060
6000	3256	4000	3352
7000	3775	4600	3644
8000	4300	5200	3936
9000	4822	5800	4228
10000	5345	6400	4520
15000	7962	9400	5980

Tabelle 2: Vergleich Monatseinkommen bei Grundeinkommensmodellen mit dem Einkommen 2015 (Single, Steuerklasse 1)

Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Blaschke (2012b), S. 144

- 9) Berechnet mit Lohnsteuertabelle , Steuerklasse I, unter: <http://www.lohnsteuertabellen.com>
- 10) Berechnet mit Hartz IV Rechner, zugrunde gelegte KdU von 364 €, unter: http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/_20.html (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und <http://www.hartziv.org/hartz-iv-rechner.html>)
- 11) Berechnet mit INSA Bürgergeldrechner, unter: <http://www.solidarisches-buergergeld.de/index.php/de/buergergeldrechner>
- 12) Vgl. Blaschke (2012b), S. 144.
- 13) Vgl. Wolf (2014), S. 193.

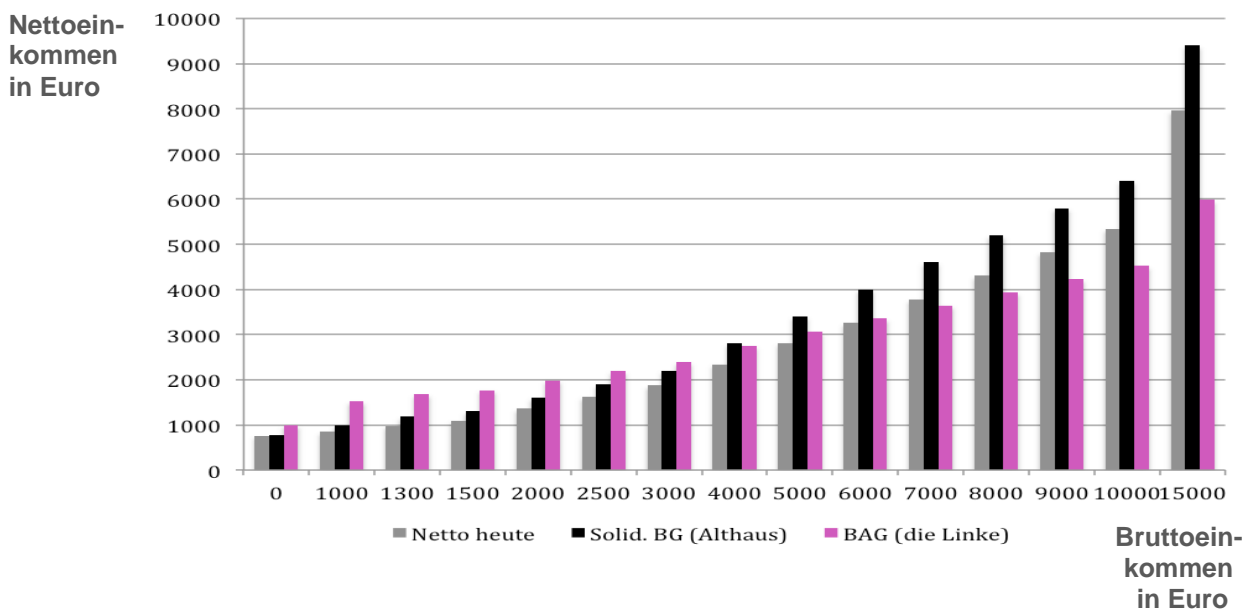


Abbildung 2: Vergleich von Monatseinkommen bei Grundeinkommensmodellen

Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Blaschke (2012b), S. 145.

Anhand dieser Grafik soll verdeutlicht werden, wie unterschiedlich die beiden Modelle sind. Beim solidarischen Bürgergeld von Dieter Althaus entspricht der Sockelbetrag in etwa dem Hartz IV-Satz, mit dem Unterschied, dass die Transferenzzugsrate nur bei lediglich 40 % liegt. Heutzutage behält der Staat ca. 70 % des Zuverdienstes eines Hartz IV- Empfängers.⁵² Dies hat zur Folge, dass sich Arbeit im neuen Modell auch in den unteren Einkommensbereichen lohnt und gefördert wird. Bei den Linken fallen die unteren Einkommen deutlich höher aus. Der Betrag ist auskömmlich und der Arbeitsanreiz dadurch geringer. In den oberen Einkommensbereichen ist der Bürger beim solidarischen Bürgergeld bessergestellt als beim Status Quo. Die Flat Tax von 40 Prozent muss allerdings auch auf Zinseinkünfte und Kapitalerträge angerechnet werden. Deshalb scheinen diese Werte nicht absolut vergleichbar. Bei den Linken wären Besserverdiener ab einem Monatseinkommen von ca. 7000 Euro schlechter gestellt als heute. Die Abgaben würden auf deutlich über 60 Prozent steigen.

3.1.2 Finanzierbarkeit und Steuern

Wie dargestellt gibt es viele Möglichkeiten und Vorschläge zur Finanzierung eines Grundeinkommens. Einige wollen eine Erhöhung der Einkommensteuer, andere eine Anhebung der Konsumsteuern. Doch was ist letztendlich umsetzbar? Grundvoraussetzung muss sein, dass die Beschränkung des staatlichen Budgets nicht ignoriert wird. Um die Finanzierbarkeit der einzelnen Modelle bewerten zu können, muss zuerst der Finanzbedarf eines jeden Konzeptes bekannt sein. Dieser leitet sich in erster Linie von der Höhe des jeweiligen BGE ab. Es wird zur Vereinfachung der Grundeinkommensbetrag mit der Bevölkerungszahl multipliziert und auf ein Jahr hochgerechnet. Danach werden die Ergebnisse mit den monetären Sozialleistungen und den sozialen Sachleistungen laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung verglichen.⁵³ In den folgenden Tabellen sind die Bruttokosten der Grundeinkommensmodelle und die bisherigen Sozialtransfers errechnet worden. Diese Zahlen können nur eine erste Annäherung an die tatsächlichen gesamtgesellschaftlichen Kosten eines Modells sein, geben aber eine erste Einschätzung der Finanzierbarkeit.

⁵² Vgl. Bundesministerium für Arbeit (URL), abgerufen am 20.05.15; 16.30 Uhr.

⁵³ Vgl. Müller (2014), S. 33.

Modell	Anzahl Berechtigte	Höhe BGE (monatlich)	Summe	Jährlicher Finanzierungsbedarf
Solidarisches Bürgergeld	80,8 Mio. ¹⁴	600 €	48,48 Mrd. €	581,76 Mrd. €
Emanzipatorisches Grundeinkommen	Unter 16: 11,4 Mio. ¹⁵ Über 16: 69,4 Mio. ¹⁶	540 € 1080 €	6,16 Mrd. € 74,95 Mrd. €	985 Mrd. €

Tabelle 3: Jährlicher Finanzierungsbedarf

Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Müller (2014), S. 35.
14-16) Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013), S. 2.

Monetäre Sozialleistungen 2014 ¹⁷	Soziale Sachleistungen 2014 ¹⁸	Gesamtkosten Sozialtransfers 2014	Solidarisches Bürgergeld	Emanzipatorisches GE
452 Mrd. €	239 Mrd. €	692 Mrd. €	Finanzierungsüberschuss 110 Mrd. €	Finanzierungslücke 293 Mrd. €

Tabelle 4: Vergleich der bisherigen Sozialkosten mit GE-Modellen

Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Müller (2014), S. 37.

17-18) Statistisches Bundesamt:
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Inlandsprodukt/Tabellen/EinAusStaat.html>

Auf Basis unserer Berechnungen kommen wir zu folgendem Ergebnis:

Ausgehend von den aktuellen Bevölkerungszahlen beträgt der Finanzierungsbedarf beim solidarischen Bürgergeld pro Jahr ca. 582 Mrd. Euro. Inbegriffen sind hierbei die Zuschläge für Kranken- und Pflegeversicherung. Beim emanzipatorischen Grundeinkommen liegt der Betrag bei 985 Mrd. Euro, wobei die Zuschläge zur Kranken- und Pflegeversicherung nicht inbegriffen sind. Nach den Berechnungen in Tabelle 4 ergaben sich in 2014 Sozialtransferkosten i.H.v. 692 Mrd. €. Dies würde für das Solidarische Bürgergeld einen Finanzierungsüberschuss und für das Emanzipatorische Grundeinkommen eine Finanzierungslücke darstellen. Schon bei diesem einfachen Rechenmodell zeigt sich nach unserer Ansicht, dass das emanzipatorische Grundeinkommen der Linken nicht finanzierbar ist. Die Erhöhung der Steuern müsste so eklatant sein, dass sie unrealistisch erschiene. Auch der im Juni 2009 verstorbene Ökonom und Hochschulprofessor Horst Siebert schien nicht überzeugt von den Finanzierungsvorschlägen. Eigens von ihm vorgenommene Berechnungen ergaben, dass bei

einem Grundeinkommen in Höhe von 800 Euro eine Einkommenssteuererhöhung auf 78 Prozent die Folge wäre.⁵⁴

Das solidarische Bürgergeld erscheint realistischer im Ansatz und besser ausgearbeitet. Durch den Bürokratieabbau im Sozialversicherungsbereich erwartet Althaus noch zusätzliche Einsparungen. Grundsätzlich soll beim Vorschlag Althaus das neue Steuermodell das Bürgergeld lohnend machen. Ob Kosten und Einnahmen dann tatsächlich in dieser Höhe anfallen, bleibt ungewiss.⁵⁵ Wie könnte die Finanzierbarkeit der verschiedenen Modelle generell verbessert werden? Wie schon mehrfach erwähnt, beinhalten die verschiedenen Vorschläge zu einem BGE auch ganz unterschiedliche Ideen, unser Steuer- und Finanzsystem betreffend. Beispielsweise ist Götz Werner der Ansicht, dass einzig eine stark angehobene Konsumsteuer die Lösung für die Finanzierbarkeit darstellen könne. Was die existenziellen Güter betrifft, könnte die Konsumsteuer auf einem moderateren Level belassen werden.⁵⁶

3.1.3 Arbeitsmarktpolitische Auswirkungen

Die Einführung des BGE könnte durchaus Veränderungen in der ökonomischen Landschaft zur Folge haben. Die Trennung des Einkommens vom Faktor Arbeit würde die Beschäftigungspolitik maßgeblich beeinflussen. Die möglichen Auswirkungen der verschiedenen Modelle des BGE auf den Arbeitsmarkt sollen im Folgenden diskutiert werden. Götz Werner geht in seinem Ansatz davon aus, dass die Mehrheit der Menschen nach wie vor einer bezahlten Arbeit nachgehen würde. Vor allem würde durch ein bedingungsloses Grundeinkommen Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft gefördert werden. Menschen die nicht bereit sind, etwas zu leisten, seien seiner Meinung nach die Ausnahme.⁵⁷ Die Frage, ob dies tatsächlich der Fall wäre, kann durch Werners Ausführungen nicht endgültig beantwortet werden. Nicht überzeugt von diesem Ansatz zeigte sich auch Horst Siebert. Seiner Meinung nach würde ein BGE die Arbeitsmoral von Teilen der Gesellschaft untergraben. Insbesondere für Jugendliche bestehe die Gefahr des Gewöhnens an eine soziale Hängematte.⁵⁸ Konkreter zu Auswirkungen für den Arbeitsmarkt äußert sich der Wirtschaftsmathematiker Lothar Friedrich. Seiner Ansicht nach müsste ein BGE nach Werners Modell bestimmte Kriterien erfüllen, um zu funktionieren. In seinen Berechnungen legt er sich auf ein BGE in Höhe von 600 € pro Monat für 19 – 67 Jahre alte Bürger fest. 900 € pro Monat als BGE ausgezahlt, würden seiner Meinung nach eine Flucht aus dem Arbeitsmarkt zur

⁵⁴ Vgl. Siebert (2007), S. 5.

⁵⁵ Vgl. Althaus (2010), S. 197f.

⁵⁶ Vgl. Werner (2007), S. 213.

⁵⁷ Vgl. Werner (2014), S. 53.

⁵⁸ Vgl. Siebert (2007), S. 4.

Folge haben.⁵⁹ Somit befindet er sich an der Untergrenze der von Götz Werner angedachten Transferleistung und entspricht eher den im Modell von Althaus gemachten Überlegungen, auf die nun genauer eingegangen wird. Bonin und Schneider (2007) haben die Beschäftigungswirkungen bei Einführung des solidarischen Bürgergeldes (alte Variante) in einem Simulationsmodell untersucht. Die Auswirkungen wären durchaus positiv: Durch die Erwerbsanreize für Geringverdiener wären viele, die bisher erwerbslos waren, bereit, eine Arbeit aufzunehmen. Ein Zuwachs von 600.000 Personen, wenn man Vollzeitbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung zusammenrechnet, wäre zu verzeichnen. Die Kosten würden den derzeitigen Etat allerdings bei Weitem überschreiten.⁶⁰ Eine weitere Simulationsrechnung, die auch die Verhaltensanpassungen der Menschen berücksichtigt, ergab folgende Ergebnisse: Das BGE ist bei positiven Beschäftigungswirkungen nicht finanzierbar. Das bedeutet: Wenn der Steuersatz so niedrig ist, dass sich die Arbeitsaufnahme für bisher Erwerbslose lohnt, reicht die Finanzierung nicht aus. Bei ausreichender Gegenfinanzierung wären negative Beschäftigungswirkungen zu erwarten, da bei einem hohen Steuersatz der Arbeitsanreiz fehlt.⁶¹

Aus diesem Grund hat man sich in den USA gegen die Einführung des Grundeinkommens und für ein Kombilohnmodell entschieden, nämlich für den eingangs erwähnten Earned Income Tax Credit.⁶² Zu diesem Schluss kommen auch die Simulationsrechnungen der Universität Köln. Es wird davon ausgegangen, dass beim Althaus Modell das Arbeitsangebot um 800.000 Vollzeitstellen sinkt.⁶³ Obwohl zum Modell von Althaus die meisten Berechnungen vorliegen, lässt sich nicht endgültig vorhersagen, wie sich eine Umsetzung des solidarischen Bürgergeldes tatsächlich auf den Arbeitsmarkt auswirken würde. Als gesichert kann allerdings gelten, dass das BGE sich vor allem negativ auf das Anreizverhalten für Zweitverdiener auswirkt.⁶⁴ Zum angepassten Althaus-Modell liegen leider noch keine Modellrechnungen vor, weshalb hierzu auch keine Aussage getroffen werden kann.

Dennoch geben die verschiedenen Modelle Anstoß zu weiteren Überlegungen. Zum Beispiel könnten durch die Einführung eines BGE die ständigen Diskussionen über das Für und Wider eines Mindestlohns nichtig werden. Arbeitgeber hätten ein durchaus wirkungsvolles und logisches Argument niedrigere Löhne zu bezahlen. Da bei den verschiedenen Modellen entweder ein großzügig erhaltenes Grundeinkommen oder aber ein geringerer Steuersatz zu einem am Monatsende höheren Betrag führen würden, müsste der Monatslohn nicht mehr so hoch ausfallen. Wenn die Nachfrage nach

⁵⁹ Vgl. Friedrich (2012), S. 322 f.

⁶⁰ Vgl. Bonin, Schneider (2007), S. 2.

⁶¹ Vgl. Fuest, Peichl (2009), S. 14 f.

⁶² Vgl. Fuest, Peichl (2009), S. 15.

⁶³ Vgl. Altmiks (2009), S. 20.

⁶⁴ Vgl. Horstschräer, Clauss, Schnabel (2010), S. 17.

Arbeit weiterhin vorhanden wäre, ergäbe sich bei Tarifverhandlungen ein Vorteil für die Arbeitgeber. Wenn man bei dieser Überlegung bleibt, könnten auch viele Jobs, die heutzutage aus Personalkostengründen ins Ausland verlagert werden, weiterhin in Deutschland angesiedelt bleiben.

Wir genießen derzeit einen niedrigen Stand der Arbeitslosigkeit. Dadurch ist die Diskussion um die Auswirkungen eines BGE auf den Arbeitsmarkt merklich abgeflaut, könnte aber bei Verschlechterung der Wirtschaftslage wieder aufflammen.

3.2 Gesellschaftliche Aspekte

Um auf Stimmen aus der Gesellschaft einzugehen, sollen im Folgenden die Meinungen verschiedener Befürworter und Gegner des BGE dargestellt werden.

3.2.1 Chancen des BGE

Straubhaar (2008), einer der renommiertesten Verfechter für ein bedingungsloses Grundeinkommen, sieht darin mehr als nur ein sozialutopisches Konzept. Seiner Meinung nach hat das heutige Sozialsystem ausgedient und sollte deshalb dringend reformiert werden. Straubhaar glaubt, dass durch die Sicherheit, die ein BGE mit sich bringt, die Menschen sich in der Wahl ihrer Arbeit frei entfalten können. Niemand müsste mehr einen Job annehmen. Unfreiwillige Arbeit würde es somit nicht mehr geben. Tätigkeiten, die für das Wohl der Gesellschaft unerlässlich sind, würden mehr Zustimmung im Volk finden.⁶⁵ Der Gang zur Bundesagentur für Arbeit kostet die Menschen oft Überwindung und kann zu Stigmatisierung führen. Diese Situation könnte durch ein BGE vermieden werden. Gerade in den unteren Einkommensschichten würde Arbeit sich wieder lohnen, da durch die niedrigere Transferenzzugsrate der Hinzuverdienst nicht, wie bisher größtenteils vom Staat kassiert würde.⁶⁶ Dieter Althaus geht sogar noch einen Schritt weiter und bezieht sich auf eine FORSA-Studie aus dem Jahr 2010. Demnach würden 43 Prozent der Befragten mehr soziale Tätigkeiten annehmen.⁶⁷ Weitere positive Effekte sieht Althaus im Bereich Familie. Ein Grundeinkommen würde vielen Eltern die Chance ermöglichen, mehr für ihre Kinder da zu sein. Mehr Freizeit würde zudem bedeuten, dass die Menschen mehr Zeit für Kultur, Pflege, Sport aber auch ehrenamtliche Tätigkeiten aufbringen könnten.⁶⁸ Unser derzeitiges Steuersystem stellt unsere Gesellschaft vor eine komplexe Aufgabe. Mit der Einführung eines BGE ergäbe sich die Chance, dieses zu vereinfachen.⁶⁹ Politikverdrossen-

⁶⁵ Vgl. Straubhaar (2008), S. 78.

⁶⁶ Vgl. Haywood (2014), S. 2f.

⁶⁷ Vgl. Althaus (2010), S. 206.

⁶⁸ Vgl. Althaus (2010), S. 206 f.

⁶⁹ Vgl. Haywood (2014), S. 2.

heit ist ebenso ein ernstzunehmendes Problem in der heutigen Zeit. Durch ein BGE würde sich vielleicht auch das Interesse der Bürger an der Gestaltung unserer politischen Landschaft steigern. Götz Werner glaubt sehr an die Leistungsbereitschaft eines jeden Menschen und sieht durch die Einführung eines solchen Konzeptes für jeden die Chance, diese auch auszuleben.⁷⁰

Ein weiterer Aspekt ist, dass ein großzügiges BGE für die Bürger mehr Freizeit bedeuten könnte. Durch die höhere finanzielle Sicherheit wären die Menschen in der Lage auch weniger zu arbeiten, beziehungsweise ihre Arbeit besser einzuteilen. Somit bliebe mehr Zeit für die Familie, Sport, aber auch für kulturelle Interessen oder das Erlernen einer neuen Sprache. Ein BGE könnte durchaus auch einen Anreiz für motivierte Menschen geben sich selbständig zu machen. Das Unternehmertum in Deutschland würde damit eine Stärkung erfahren. Zudem wären einzelne Personen finanziell unabhängiger von ihren jeweiligen Partnern oder Familien. Dabei spielt jedoch die Höhe eines potenziellen BGE's eine tragende Rolle.

3.2.2 Risiken des BGE

Bei allen Hoffnungen, die man in die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens legt, wäre dessen Einführung ebenso mit diversen Risiken verbunden. Steffen J. Roth, wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, sieht in der Einführung des BGE vor allem eine Gefährdung des Bedürftigkeitsprinzips. Ein Verlust des Subsidiaritäts- sowie Solidaritätsprinzips wäre demnach die Folge. So sind dann vor allem familiäre Beziehungen gefährdet, da die einzelnen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft nun nicht mehr voneinander abhängig wären. Jugendliche könnten also deutlich selbstständiger ein eigenes Leben beginnen, was das traditionelle Familienbild stark beeinflussen könnte.⁷¹ Das Konzept des BGE verspricht vor allem staatliche Fürsorge und Bildungschancen. Dennoch bleibt fraglich, ob Jugendliche in Bildungseinrichtungen vollen Einsatz zeigen, mit dem Wissen im Hinterkopf, dass für ihre finanzielle Zukunft durch den Staat gesorgt ist.⁷² Im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips soll der Staat nur dann handeln, wenn es wirklich notwendig ist. Lediglich dann, wenn der einzelne nicht mehr für sich selbst sorgen kann, soll eingegriffen werden.⁷³ Nach Götz Werner ist jeder Mensch arbeitswillig und dazu bereit, sich sinnvoll zu beschäftigen, sofern er nur die Chance dazu bekommt.⁷⁴ Doch muss man sich die Frage stellen, ob die Nettozahler bereit sind, jedem Einzel-

⁷⁰ Vgl. Werner (2007), S. 109.

⁷¹ Vgl. Roth (2008), S. 11-13.

⁷² Vgl. Raddatz (2013), S. 16.

⁷³ Vgl. Enste (2008), S. 16.

⁷⁴ Vgl. Werner (2007), S. 109.

nen das Grundeinkommen zu finanzieren, obgleich dieser keine angemessenen Eigenanstrengungen unternimmt oder Beschäftigungschancen ausschlägt.⁷⁵

Dominik H. Enste geht noch einen Schritt weiter und sieht durch die Einführung des Grundeinkommens eine Gefährdung des Gegenleistungsprinzips, auch Reziprozität genannt. Demnach legt jeder Mensch einen großen Wert auf die Gegenleistung.⁷⁶

Welche Schritte würden in einem derartigen Fall von der Regierung eingeleitet werden? Roth ist der Ansicht, dass der Staat versuchen wird, auf das Verhalten der Menschen Einfluss zu nehmen, sollte sich dieses nach Einführung des Grundeinkommens nicht in die erhoffte Richtung entwickeln. Eine massive Freiheitseinschränkung wäre die Folge, denn man würde versuchen, gewisse Mindestanforderungen festzulegen, die definieren, wie sich der einzelne Bürger das BGE zu verdienen hat.⁷⁷ Enste hingegen befürchtet eine Flucht in die virtuelle Welt. Die Ursache dafür sieht er in der finanziellen Sicherheit und der damit einhergehenden Freizeit. Auch die Zuwanderung sollte kritisch betrachtet werden. Durch ein BGE wird Migration für Menschen mit niederen Qualifikationen und geringem Einkommen attraktiv.⁷⁸

4 Bedingungsloses Grundeinkommen weltweit

Die große Problematik des Themas Grundeinkommen ist, dass wir uns nur schwer vorstellen können, wie es tatsächlich in der Praxis funktionieren könnte. Im Folgenden soll die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens über die Grenzen Deutschlands hinaus betrachtet werden.

Brasilien. Das Projekt „Bolsa Familia“ der brasilianischen Regierung könnte ein erster Ansatz dafür sein. Mittlerweile beziehen 14 Millionen Familien „Bolsa Familia“, was die Armut innerhalb von 10 Jahren um 28 Prozent gesenkt hat.⁷⁹ Das Projekt soll Familien, die über ein zu geringes Einkommen verfügen, finanziell mit einem monatlichen Betrag unterstützen. Die Höhe des Betrages hängt von der Anzahl und dem Alter der Kinder, sowie dem Einkommen der Familie ab. Bolsa Familia wurde nicht landesweit, sondern lediglich in den ärmsten Regionen des Landes eingeführt. Folglich handelt es sich hierbei nicht um ein bedingungsloses Grundeinkommen.⁸⁰

Namibia. Unter dem Namen Otjivero-Omitara wurde in Namibia im Zeitraum von Januar 2008 bis Dezember 2009 ein bedingungsloses Grundeinkommen festgesetzt. Die Höhe betrug 100 Namibia-Dollar oder umgerechnet ca. 10 Euro. Unter den im Dorf

⁷⁵ Vgl. Roth (2008), S. 15.

⁷⁶ Vgl. Enste (2008), S. 15.

⁷⁷ Vgl. Roth (2008), S. 15 f.

⁷⁸ Vgl. Enste (2008), S. 19.

⁷⁹ Vgl. The Economist (URL), abgerufen am 26.04.2015; 17.15 Uhr.

⁸⁰ Vgl. Werner (2014), S. 200-203.

Otjivero lebenden Bürgern gehörten 930 Menschen zu den Beziehern des BGE. Die für die Erziehung der Kinder zuständigen Erwachsenen erhielten den für die Kinder vorgesehenen Betrag. Das Dorf wurde aus folgenden Gründen ausgewählt: Namibia, ein Land, das vor allem unter HIV, Armut, Arbeitslosigkeit sowie Hungersnöten leidet, eignete sich sehr gut für das Pilotprojekt.⁸¹ Das Resultat war, dass die Unterernährung der Bevölkerung und damit die generelle gesundheitliche Verfassung der Menschen, vor allem aber die der Kinder deutlich verbessert werden konnte. Doch auch in anderen Bereichen zeigten sich positive Reaktionen. So hatten vor allem die Frauen von diesem BGE profitiert, da sie dadurch ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft stärken konnten. Für die Kinder bedeutete es den sicheren Zugang zu Bildung.⁸²

Schweiz. 2004 wurde in der Schweiz das Netzwerk Grundeinkommen gegründet. Im Oktober 2013 reichte die eidgenössische Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen einen Initiativtext zur Änderung der Bundesverfassung ein. In diesem Text wird allerdings nicht näher auf die Höhe des Grundeinkommens eingegangen. Er beschränkt sich auf das Ermöglichen eines menschenwürdigen Daseins. Die eidgenössische Volksinitiative geht derzeit von einem Betrag in Höhe von 2.500 Schweizer Franken aus.⁸³ Die Volksinitiative hat laut Schweizerischer Bundeskanzlei die benötigten 100.000 Unterschriften gesammelt und ist somit am 07.11.2013 zustande gekommen. Die Abstimmung wird voraussichtlich 2016 stattfinden.⁸⁴ Ob ein Grundeinkommen in dieser Höhe realisierbar wäre ist sehr fraglich. Jedem Bürger 2.500 Schweizer Franken zu zahlen würde in der Summe Kosten von 30 % des Bruttoinlandsprodukts der Schweiz verursachen.⁸⁵

5 Fazit

Was ist geblieben vom Charme eines bedingungslosen Einkommens für alle? Klar ist, dass die verlockende Vorstellung eines auskömmlichen Grundeinkommens in dieser Höhe in der Realität nicht durchsetzbar ist. Denn die Finanzierbarkeit ist und muss das ausschlaggebende Kriterium für eine Umsetzung des BGE sein. Es ist aber auch zu erwarten, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nicht für immer auf dem derzeit hohen Niveau sein wird. Dazu kommt, dass die Sozialsysteme in Zukunft auf eine große demografische Bewährungsprobe gestellt werden. Es ist also durchaus angebracht, heutzutage die Weichen für die Zukunft zu stellen. Ob die Lösung in der Einführung eines Grundeinkommens liegt, kann niemand vorhersagen. Es wäre eine Abkehr von unserem derzeitigen Prinzip des Förderns und Forderns. Dies hätte je-

⁸¹ Vgl. Werner (2014), S. 204-208.

⁸² Vgl. Werner (2014), S. 216.

⁸³ Vgl. Bedingungsloses Grundeinkommen (URL), abgerufen am 13.09.2015; 14.12 Uhr

⁸⁴ Vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft (URL), abgerufen am 12.09.15; 12.15

⁸⁵ Vgl. The Economist (URL), abgerufen am 19.11.15, 17.55 Uhr.

doch den positiven Aspekt, dass niemand sich rechtfertigen müsste, wenn er keiner Erwerbsarbeit nachgehen möchte. Auch unser heutiges System schafft es nicht, diejenigen in den Arbeitsmarkt zu bekommen, die das nicht möchten. Gleichzeitig dürfte aber ein GE nur so hoch sein, dass der Anreiz zu Erwerbsarbeit gegeben bleibt. Ein entscheidender Vorteil des BGE in Verbindung mit einer Flat Tax wäre, dass die Transferenzugsrate deutlich geringer ausfallen würde als beim Status Quo. Somit wäre der Arbeitsanreiz im unteren Einkommensbereich höher als heute. Bei Betrachtung der unterschiedlichen Modelle fiel auf, dass die meisten nicht finanzierbar sind. Die Vorstellung eines BGE von 1000 € und mehr mag verführerisch klingen, scheitert aber bei näherer Betrachtung spätestens an der Finanzierbarkeit. Hier erscheint das überarbeitete Modell zum solidarischen Bürgergeld der einzige Ansatz mit realistischen und im Detail ausgearbeiteten Berechnungen. Dieses Modell von Dieter Althaus wurde viel diskutiert und sehr detailliert kritisiert. Althaus überarbeitete daraufhin sein Modell in diesen konkreten Punkten. Eine Überprüfung des überarbeiteten Modells durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fand nicht statt. Die Vermutung liegt nahe, dass nicht die mangelnde Qualität des Modells ausschlaggebend hierfür war. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass nach dem tragischem Skiunfall von Dieter Althaus sein Konzept aus politischen Gründen nicht mehr verfolgt wurde.

Die Stimmen, die ein bedingungsloses Grundeinkommen fordern, werden voraussichtlich erst dann wieder Gehör finden, wenn sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland drastisch verschlechtert. Umso wichtiger erscheint es in der derzeit stabilen wirtschaftlichen Situation umfassend über den Umbau unseres Sozialsystems nachzudenken. Ob das bedingungslose Grundeinkommen zur Lösung der zukünftigen Probleme beitragen könnte, kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Eine ideologiefreie und nüchterne Herangehensweise an die Thematik wäre für die Zukunft allerdings wünschenswert.

Literatur

Althaus, Dieter (2010): Solidarisches Bürgergeld. Den Menschen trauen - Freiheit nachhaltig und ganzheitlich sichern. 2. Aufl. Norderstedt: Books on Demand.

Altmiks, Peter (2009): Liberales Bürgergeld kontra bedingungsloses Grundeinkommen. 1. Aufl. Friedrich Naumann-Stiftung für die Freiheit. Potsdam. Online verfügbar unter <http://www.freiheit.org/Neue-Broschuere-Buergergeld-gegen-Grundeinkommen/618c12918i1p/index.html>, zuletzt geprüft am 27.02.2015, 17.04 Uhr.

Bedingungsloses Grundeinkommen- Eidgenössische Volksinitiative (URL): Zum Thema- Woher soll das Geld kommen? Online verfügbar unter <http://bedingungslos.ch/zum-thema/>, zuletzt geprüft am 17.11.2015, 17.05 Uhr.

Blaschke, Ronald (2012a): Von der Idee des Grundeinkommens zur politischen Bewegung in Europa - Entwicklung und Fragen. In: Norbert Schepers, Ronald Blaschke und Adeline Otto (Hg.): Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung. Hamburg: VSA-Verlag; VSA-Verl, S. 17–59.

Blaschke, Ronald (2012b): Aktuelle Ansätze und Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen in Deutschland. In: Norbert Schepers, Ronald Blaschke und Adeline Otto (Hg.): Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung. Hamburg: VSA-Verlag; VSA-Verl, S. 118–245.

Bonin, Holger; Schneider, Hillmar (2007): Beschäftigungswirkungen und fiskalische Effekte einer Einführung des Solidarischen Bürgergelds. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Bonn. Online verfügbar unter http://www.iza.org/files/IZA-Berechnungen_Althaus-Modell.pdf, zuletzt geprüft am 12.04.2015, 16.28 Uhr.

Bundesagentur für Arbeit (2015): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland - Monatsbericht April 2015. Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg. Online verfügbar unter <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Monatsbericht-Arbeits-Ausbildungsmarkt-Deutschland/Monatsberichte/Generische-Publikationen/Monatsbericht-201504.pdf>, zuletzt geprüft am 18.05.2015, 19.32 Uhr.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: § 20 Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts. SGB II, §20 (2). Fundstelle: SGB II, §20 (2). Online verfügbar unter http://www.gesetze-im-internet.de/sgeb_2/_20.html, zuletzt geprüft am 04.04.2015, 13.39 Uhr.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (o.A.): SGB II im Überblick. Beispiel: Zuverdienst. Anstieg des Haushaltseinkommens durch Erwerbseinkommen. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Grundsicherung/SGB-II-Uebersicht/inhalt.html>, zuletzt geprüft am 20.05.2015, 16.30 Uhr.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014): Sozialbudget 2013. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Bonn. Online verfügbar unter http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a230-13-sozialbudget-2013.html?cms_templateQueryString=sozialbudget&cms_searchIssued=0&cms_sortString=-score_&cms_searchArchive=0&cms_pageLocale=de&cms_input_=5236&cms_searchIssued.HASH=01d32ad2861406a8f0e4&cms_sortString.HASH=0f02158aaed6c9e8fc26&cms_searchArchi-ve.HASH=029c2aba861406c0f6e4&cms_resourceId=6604&cms_searchbutton.x=0&cms_s

earchbutton.y=0&cms_defaultForm=ServiceSearchForm, zuletzt geprüft am 11.03.2015, 11.57 Uhr.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014): Tab.0.14 Bevölkerung in Deutschland nach Alter und Geschlecht. Zeitreihe: 1990 - 2013. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/K02.html>, zuletzt geprüft am 18.05.2015, 19.16 Uhr.

Eichhorn, Wolfgang; Friedrich, Lothar; Presse, André; Werner, Götz W. (2012): Das Grundeinkommen: Geschichtliche Hinweise und Definition. In: Götz W. Werner, Wolfgang Eichhorn und Lothar Friedrich (Hg.): Das Grundeinkommen. Würdigung - Wertungen - Wege. Karlsruhe: KIT Scientific Publishing, S. 9–10.

Enste, Dominik H. (2008): Bedingungsloses Grundeinkommen. Traum oder Albtraum für die Soziale Marktwirtschaft? München: Roman-Herzog-Inst. (Information / Roman-Herzog-Institut, Nr. 5). Online verfügbar unter http://www.romanherzoginstitut.de/uploads/tx_mspublication/D.H.Ernste-_Bedingungsloses_Grundeinkommen.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2015, 17.59 Uhr.

Executive Office of the President and U.S. Treasury Department (2014): Expanding the Earned Income Tax Credit. Executive Office of the President and U.S. Treasury Department. Washington. Online verfügbar unter https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/eitc_report_0.pdf, zuletzt geprüft am 17.05.2015.

Friedman, Milton (1971): Kapitalismus und Freiheit. Stuttgart: Seewald.

Friedrich, Lothar (2012): Ein Weg zu einem kostengünstigen Bedingungslosen Grundeinkommen, das starke Arbeitsanreize bewirken, die Armut zurückdrängen und das Steuersystem vereinfachen kann. In: Götz W. Werner, Wolfgang Eichhorn und Lothar Friedrich (Hg.): Das Grundeinkommen. Würdigung - Wertungen - Wege. Karlsruhe: KIT Scientific Publishing, S. 322–330.

Fuest, Clemens; Peichl, Andreas (2009): Grundeinkommen vs. Kombilohn: Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen und Unterschiede im Empfängerkreis. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Bonn (Nr.11). Online verfügbar unter <http://ftp.iza.org/sp11.pdf>, zuletzt geprüft am 26.02.2015, 17.20 Uhr.

Habermacher, Florian; Kirchgässner, Gebhard (2013): Das garantierte Grundeinkommen: Eine (leider) nicht bezahlbare Idee. Discussion Paper. University of St. Gallen, St. Gallen. School of Economics and Political Science. Department of Economics. Online verfügbar unter <http://www1.vwa.unisg.ch/RePEc/usg/econwp/EWP-1313.pdf>, zuletzt geprüft am 10.02.2015, 16.47 Uhr.

Hartz IV.org: Online Hartz IV Leistungsrechner 2015. Online verfügbar unter <http://www.hartziv.org/hartz-iv-rechner.html>, zuletzt geprüft am 04.04.2015, 13.45 Uhr.

Haywood, Luke (2014): Bedingungsloses Grundeinkommen: eine ökonomische Perspektive. DIW Roundup. DIW Berlin - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin (Politik im Focus, 33). Online verfügbar unter http://www.diw.de/de/diw_01.c.479869.de/presse/diw_roundup/bedingungsloses_grundeinkommen_eine_oekonomische_perspektive.html, zuletzt geprüft am 10.02.2015, 17.37 Uhr.

Hohenleitner, Ingrid; Straubhaar, Thomas (2008): Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld - mehr als sozialutopische Konzepte. Das Solidarische Bürgergeld als realtypisches Konzept. In: Thomas Straubhaar (Hg.): Bedingungsloses Grund-

einkommen und solidarisches Bürgergeld - mehr als sozialutopische Konzepte. Hamburg: Hamburg University Press (Edition HWWI, Bd. 1), S. 9-128. Online verfügbar unter <http://blogs.sub.uni-hamburg.de/hup/products-page/publikationen/8/>, zuletzt geprüft am 20.05.2015, 19.30 Uhr.

Horstschräer, Julia; Clauss, Markus; Schnabel, Reinhold (2010): An Unconditional Basic Income in the Family Context. Labour Supply and Distributional Effects. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH. Mannheim.

Hotz, Joseph; Scholz, John Karl (2001): The Earned Income Tax Credit. National Bureau of Economic Research. Cambridge, Massachusetts (8078). Online verfügbar unter <http://www.nber.org/papers/w8078.pdf>, zuletzt geprüft am 17.05.2015, 15.06 Uhr.

INSA – Institut für neue soziale Antworten: Bürgergeldrechner. Online verfügbar unter <http://www.solidarisches-buergergeld.de/index.php/de/buergergeldrechner>, zuletzt geprüft am 04.04.2015, 14.49 Uhr.

Internal Revenue Service (URL): 2015 EITC Income Limits, Maximum Credit Amounts and Tax Law Updates. Online verfügbar unter <http://www.irs.gov/Credits-&-Deductions/Individuals/Earned-Income-Tax-Credit/EITC-Income-Limits-Maximum-Credit-Amounts-Next-Year>, zuletzt geprüft am 17.09.2015, 16.22 Uhr.

métier 2000 - Softwareentwicklung GmbH (2015): Lohnsteuertabellen. Neufahrn. Online verfügbar unter <http://www.lohnsteuertabellen.com/>, zuletzt aktualisiert am 04.04.2015, 13.19 Uhr, zuletzt geprüft am 04.04.2015, 13.19 Uhr.

Müller, Frank (2014): Umsetzung- und Finanzierungsmodelle des Bedingungslosen Grundeinkommen: Pro und Kontra sowie Alternativen zum BGE. 1., Aufl. Hamburg: Diplomatica Verlag.

o.V. (URL): Netzwerk Grundeinkommen. Online verfügbar unter <https://www.grundeinkommen.de/die-idee/glossar>, zuletzt geprüft am 22.11.2015, 14.50 Uhr.

o.V. (URL): Helping the poorest of the poor. Developing countries have started to weave social safety nets. Here's how they should do it. Anti-poverty programmes. The Economist. Online verfügbar unter <http://www.economist.com/news/international/21638333-developing-countries-have-started-weave-social-safety-nets-heres-how-they-should-do-it>, zuletzt geprüft am 19.05.2015, 17.50 Uhr.

o.V. (URL): Basically unaffordable. The Economist. Online verfügbar unter <http://www.economist.com/news/finance-and-economics/21651897-replacing-welfare-payments-basic-income-all-alluring?zid=317&ah=8a47fc455a44945580198768fad0fa41>

Raddatz, Guido (2013): Das bedingungslose Grundeinkommen - ein unhaltbares Versprechen. Argumente zu Marktwirtschaft und Politik. In: *Stiftung Marktwirtschaft* (123). Online verfügbar unter http://www.stiftungmarktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Argument_123_Bedingungsloses_Grundeinkommen_2013_09.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2015, 17.43 Uhr.

Roth, Steffen J. (2008): Sympathische Sozialutopie oder neuer Weg zur Knechtschaft? Eine entschlossene Ablehnung des "bedingungslosen Grundeinkommens". In: ROMAN HERZOG INSTITUT e.V. (Hg.): Eine Perspektive für die soziale Marktwirtschaft? Bedingungsloses Grundeinkommen ; kontroverse Fragen an ein umstrittenes (Gesellschafts-)Konzept von morgen. Unter Mitarbeit von Nese Sevsay-Tegethoff. München: Roman-Herzog-Inst (Diskussion / Roman-Herzog-Institut e.V, Nr. 9), S. 10–16. Online verfügbar unter

http://www.romanherzoginstitut.de/uploads/tx_mspublication/RHI_Diskussion_Nr09.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2015, 18.37 Uhr.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(2007): Das erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/ 08. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/86.html>, zuletzt geprüft am 02.04.2015, 14.16 Uhr.

Siebert, Horst (2007): Irrweg Grundeinkommen. In: Stiftung Marktwirtschaft (Hg.): Bürgergeld und Grundeinkommen. Geniestreich oder Wahnsinn. Berlin, 24.04.2007. Stiftung Marktwirtschaft, S. 4–5. Online verfügbar unter http://www.stiftungmarktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Tagungsberichte/Tagungsbericht_Buergergeld_24_04_2007.pdf, zuletzt geprüft am 06.04.2015, 15.53 Uhr.

Statistisches Bundesamt (2014): Inlandsproduktsberechnung. Einnahmen und Ausgaben des Staates in der Abgrenzung des Europäischen System. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Inlandsprodukt/Tabellen/EinAusStaat.html>, zuletzt geprüft am 12.04.2015, 15.56 Uhr.

Werner, Götz W. (2007): Einkommen für alle. [der dm-Chef über die Machbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens]. 1. Aufl. Köln: Kiepenheuer & Witsch. Online verfügbar unter <http%3A//www.worldcat.org/oclc/91782301>.

Werner, Götz W.; Goehler, Adrienne (2014): 1000 € für jeden. Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen. 3. Aufl. Berlin: Ullstein (Ullstein Taschenbuch, 37421).

Wolf, Stefan (2014): Das emanzipatorische Grundeinkommen der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. Konzept für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in zwei Varianten: als Sozialdividende und als negative Einkommensteuer (NES). In: Bundesarbeitsgemeinschafts Grundeinkommen. vollständig überarbeitete Auflage mit neuem Konzept. Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen. Berlin, S. 29-51. Online verfügbar unter http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/wp-content/uploads/2014/05/BGE_2014_download1.pdf, zuletzt geprüft am 18.05.2015, 17.27 Uhr.

Zimmermann, Klaus F. (2013): Reflexionen zur Zukunft der Arbeit. IZA Standpunkte Nr. 56. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. Bonn (56). Online verfügbar unter <http://ftp.iza.org/sp56.pdf>, zuletzt geprüft am 11.02.2015, 16.33 Uhr.

Verzeichnis der bisher erschienenen Beiträge

- | | | |
|--|------------|--|
| 52. Werner Pepels | Aug. 1990 | |
| Integrierte Kommunikation | | |
| 53. Martin Dettinger-Klemm | Aug. 1990 | |
| Grenzen der Wissenschaftsfreiheit. Überlegungen zum Thema: Freiheit und Verantwortung des Wissenschaftlers | | |
| 54. Werner Pepels | Sept. 1990 | |
| Mediaplanung – Über den Einsatz von Werbegeldern in Medien | | |
| 55. Dieter Pflaum | Sept. 1990 | |
| Werbeausbildung und Werbemöglichkeiten in der DDR | | |
| 56. Rudi Kurz (Hrsg.) | Nov. 1990 | |
| Ökologische Unternehmensführung – Herausforderung und Chance | | |
| 57. Werner Pepels | Jan. 1991 | |
| Verkaufsförderung – Versuch einer Systematisierung | | |
| 58. Rupert Huth, Ulrich Wagner (Hrsg.) | Aug. 1991 | |
| Volks- und betriebswirtschaftliche Abhandlungen. Prof. Dr. Dr. h.c. Tibor Karpati (Universität Osijek in Kroatien) zum siebzigsten Geburtstag. Mit einem Vorwort von R. Huth und Beiträgen von H.-J. Hof, H. Löffler, D. Pflaum, B. Runzheimer und U. Wagner | | |
| 59. Hartmut Eisenmann | Okt. 1991 | |
| Dokumentation über die Tätigkeit einer Industrie- und Handelskammer – Dargestellt am Beispiel der IHK Nordschwarzwald | | |
| 60. Ursula Hoffmann-Lange | Dez. 1991 | |
| Eliten und Demokratie: Unvereinbarkeit oder notwendiges Spannungsverhältnis? | | |
| 61. Werner Pepels | Dez. 1991 | |
| Elemente der Verkaufsgesprächsführung | | |
| 62. Wolfgang Berger | Dez. 1991 | |
| Qualifikationen und Kompetenzen eines Europa-managers | | |
| 63. Günter Staub | Jan. 1992 | |
| Der Begriff „Made in Germany“ – Seine Beurteilungskriterien | | |
| 64. Martin W. Knöll, Hieronymus M. Lorenz | Mai 1992 | |
| Gegenstandsbereich und Instrumente der Organisationsdiagnose im Rahmen von Organisationsentwicklungs (OE)-Maßnahmen | | |
| 65. Werner Lachmann | Juni 1992 | |
| Ethikversagen – Marktversagen | | |
| 66. Paul Banfield | Juni 1993 | |
| Observations On The Use Of Science As A Source Of Legitimation In Personnel Management | | |
| 67. Bernd Noll | Aug. 1993 | |
| Gemeinwohl und Eigennutz. Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft – Anmerkungen zur gleichnamigen Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland aus dem Jahre 1991 | | |
| 68. Siegfried Kreutzer, Regina Moczadlo | Aug. 1993 | |
| Die Entdeckung der Wirklichkeit – Integrierte Projektstudien in der Hochschulausbildung | | |
| 69. Sybil Gräfin Schönfeldt | Aug. 1993 | |
| Von Menschen und Manieren. Über den Wandel des sozialen Verhaltens in unserer Zeit. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1992/93 | | |
| 70. Hartmut Löffler | Dez. 1993 | |
| Geld- und währungspolitische Grundsatzüberlegungen für ein Land auf dem Weg zur Marktwirtschaft – Das Beispiel Kroatien | | |
| 71. Hans-Georg Köglmayr, Kurt H. Porkert | Nov. 1994 | |
| Festlegen und ausführen von Geschäftsprozessen mit Hilfe von SAP-Software | | |
| 72. Alexa Mohl | Febr. 1995 | |
| NLP-Methode zwischen Zauberei und Wissenschaft. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1994/95 | | |
| 73. Bernd Noll | Mai 1995 | |
| Marktwirtschaft und Gerechtigkeit: Anmerkungen zu einer langen Debatte | | |
| 74. Rudi Kurz, Rolf-Werner Weber | Nov. 1995 | |
| Ökobilanz der Hochschule Pforzheim. 2. geänderte Auflage, Jan. 1996 | | |
| 75. Hans Lenk | Mai 1996 | |
| Fairneß in Sport und Wirtschaft. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1995/96 | | |
| 76. Barbara Burkhardt-Reich, Hans-Joachim Hof, Bernd Noll | Juni 1996 | |
| Herausforderungen an die Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik | | |
| 77. Helmut Wienert | März 1997 | |
| Perspektiven der Weltstahlindustrie und einige Konsequenzen für den Anlagenbau | | |
| 78. Norbert Jost | Mai 1997 | |
| Innovative Ingenieur-Werkstoffe | | |
| 79. Rudi Kurz, Christoph Hubig, Ortwin Renn, Hans Diefenbacher | Sept. 1997 | |
| Ansprüche in der Gegenwart zu Lasten der Lebenschancen zukünftiger Generationen | | |
| 80. Björn Engholm | Okt. 1997 | |
| Ökonomie und Ästhetik. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1996/97. 2. geänderte Auflage. Jan. 1998 | | |
| 81. Lutz Goertz | Sept. 1998 | |
| Multimedia quo vadis? – Wirkungen, Chancen, Gefahren. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Fachhochschule Pforzheim, Wintersemester 1996/97 | | |
| 82. Eckhard Keßler | Nov. 1998 | |
| Der Humanismus und die Entstehung der modernen Wissenschaft. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1996/97 | | |
| 83. Heinrich Hornef | Febr. 1998 | |
| Aufbau Ost – Eine Herausforderung für Politik und Wirtschaft. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Fachhochschule Pforzheim, Wintersemester 1997/98 | | |

Verzeichnis der bisher erschienenen Beiträge

- 84. Helmut Wienert** Juli 1998
50 Jahre Soziale Marktwirtschaft – Auslaufmodell oder Zukunftskonzept? Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Sommersemester 1998
Peter Kern, Wilhelm Bauer, Rolf Ilg; Heiko Dreyer; Johannes Wößner und Rainer Menge
- 85. Bernd Noll** Sept. 1998
Die Gesetzliche Rentenversicherung in der Krise
- 86. Hartmut Löffler** Jan. 1999
Geldpolitische Konzeptionen - Alternativen für die Europäische Zentralbank und für die Kroatische Nationalbank
- 87. Erich Hoppmann** Juni 1999
Globalisierung. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Sommersemester 1999
- 88. Helmut Wienert (Hrsg.)** Dez. 1999
Wettbewerbspolitische und strukturpolitische Konsequenzen der Globalisierung. Mit Beiträgen von Hartmut Löffler und Bernd Noll
- 89. Ansgar Häfner u.a. (Hrsg.)** Jan. 2000
Konsequenzen der Globalisierung für das internationale Marketing. Mit Beiträgen von Dieter Pflaum und Klaus-Peter Reuthal
- 90. Ulrich Wagner** Febr. 2000
Reform des Tarifvertragsrechts und Änderung der Verhaltensweisen der Tarifpartner als Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- 91. Helmut Wienert** April 2000
Probleme des sektoralen und regionalen Wandels am Beispiel des Ruhrgebiets
- 92. Barbara Burkhardt-Reich** Nov. 2000
Der Blick über den Tellerrand – Zur Konzeption und Durchführung eines „Studium Generale“ an Fachhochschulen
- 93. Helmut Wienert** Dez. 2000
Konjunktur in Deutschland - Zur Einschätzung der Lage durch den Sachverständigenrat im Jahresgutachten 2000/2001
- 94. Jürgen Wertheimer** Febr. 2001
Geklonte Dummheit: Der infantile Menschenpark. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 2000/01
- 95. Konrad Zerr** März 2001
Erscheinungsformen des Online-Research – Klassifikation und kritische Betrachtung
- 96. Daniela Kirchner** April 2001
Theorie und praktische Umsetzung eines Risikomanagementsystems nach KontraG am Beispiel einer mittelständischen Versicherung
- 97. Bernd Noll** Mai 2001
Die EU-Kommission als Hüterin des Wettbewerbs und Kontrolleur von sektoralen und regionalen Beihilfen
Peter Frankenfeld
EU Regionalpolitik und Konsequenzen der Osterweiterung
- 98. Hans Joachim Grupp** Juni 2001
Prozessurale Probleme bei Beschlussmängelstreitigkeiten in Personengesellschaften
- 99. Norbert Jost (Hrsg.)** Juli 2001
Technik Forum 2000: Prozessinnovationen bei der Herstellung kaltgewalzter Drähte. Mit Beiträgen von
- 100. Urban Bacher, Mikolaj Specht** Dez. 2001
Optionen – Grundlagen, Funktionsweisen und deren professioneller Einsatz im Bankgeschäft
- 101. Constanze Oberle** Okt. 2001
Chancen, Risiken und Grenzen des M-Commerce
- 102. Ulrich Wagner** Jan. 2002
Beschäftigungshemmende Reformstaus und wie man sie auflösen könnte
Jürgen Volkert
Flexibilisierung durch Kombi-Einkommen? Die Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie
- 103. Mario Schmidt, René Keil** März 2002
Stoffstromnetze und ihre Nutzung für mehr Kostentransparenz sowie die Analyse der Umweltwirkung betrieblicher Stoffströme
- 104. Kurt Porkert** Mai 2002
Web-Services – mehr als eine neue Illusion?
- 105. Helmut Wienert** Juni 2002
Der internationale Warenhandel im Spiegel von Handelsmatrizen
- 106. Robert Wessolly, Helmut Wienert** Aug. 2002
Die argentinische Währungskrise
- 107. Roland Wahl (Hrsg.)** Sept. 2002
Technik-Forum 2001: Weiterentwicklungen an Umformwerkzeugen und Walzdrähten. Mit Beiträgen von Roland Wahl, Thomas Dolny u.a., Heiko Pinkawa, Rainer Menge und Helmut Wienert
- 108. Thomas Gulden** April 2003
Risikoberichterstattung in den Geschäftsberichten der deutschen Automobilindustrie
- 109. Günter Altner** Mai 2003
Lasset uns Menschen machen – Der biotechnische Fortschritt zwischen Manipulation und Therapie. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Sommersemester 2003
- 110. Norbert Jost (Hrsg.)** Juni 2003
Technik-Forum 2002: Innovative Verfahren zur Materialoptimierung. Mit Beiträgen von Norbert Jost, Sascha Kunz, Rainer Menge/Ursula Christian und Berthold Leibinger
- 111. Christoph Wüterich** Februar 2004
Professionalisierung und Doping im Sport. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Sommersemester 2003
- 112. Sabine Schmidt** Mai 2004
Korruption in Unternehmen – Typologie und Prävention
- 113. Helmut Wienert** August 2004
Lohn, Zins, Preise und Beschäftigung – Eine empirische Analyse gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge in Deutschland
- 114. Roland Wahl (Hrsg.)** Sept. 2004
Technik-Forum 2003: Materialentwicklung für die Kaltumformtechnik. Mit Beiträgen von Andreas Baum, Ursula Christian, Steffen Nowotny, Norbert Jost, Rainer Menge und Hans-Eberhard Koch
- 115. Dirk Wenzel** Nov. 2004
The European Legislation on the New Media: An Appropriate Framework for the Information Economy?

Verzeichnis der bisher erschienenen Beiträge

116. **Frank Morelli, Alexander Mekyska, Stefan Mühlberger** Dez. 2004
Produkt- und prozessorientiertes Controlling als Instrument eines erfolgreichen Informationstechnologie-Managements
117. **Stephan Thesmann, Martin Frick, Dominik Konrad** Dez. 2004
E-Learning an der Hochschule Pforzheim
118. **Norbert Jost (Hrsg.)** Juni 2005
Technik-Forum 2004: Innovative Werkstoffaspekte und Laserbehandlungstechnologien für Werkzeuge der Umformtechnik
119. **Rainer Gildeggen** Juni 2005
Internationale Produkthaftung
120. **Helmut Wienert** Oktober 2005
Qualifikationsspezifische Einkommensunterschiede in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Universitäts- und Fachhochschulabsolventen
121. **Andreas Beisswenger, Bernd Noll** Nov. 2005
Ethik in der Unternehmensberatung – ein verminntes Gelände?
122. **Helmut Wienert** Juli 2006
Wie lohnend ist Lernen? Ertragsraten und Kapitalendwerte von unterschiedlichen Bildungswegen
123. **Roland Wahl (Hrsg.)** Sept. 2006
Technik-Forum 2005: Umformwerkzeuge - Anforderungen und neue Anwendungen. Mit Beiträgen von Edmund Böhm, Eckhard Meiners, Andreas Baum, Ursula Christian und Jörg Menno Harms
124. **Mario Schmidt** Dez. 2006
Der Einsatz von Sankey-Diagrammen im Strommanagement
125. **Norbert Jost (Hrsg.)** Okt. 2007
Technik-Forum 2006: Innovative neue Techniken für Werkzeuge der Kaltverformung. Mit Beiträgen von Franz Wendl, Horst Bürkle, Rainer Menge, Michael Schiller, Andreas Baum, Ursula Christian, Manfred Moik und Erwin Staudt.
126. **Roland Wahl (Hrsg.)** Okt. 2008
Technik-Forum 2007: Fortschrittsberichte und Umfeldbetrachtungen zur Entwicklung verschleißreduzierter Umformwerkzeuge. Mit Beiträgen von Klaus Löffler, Andreas Zilly, Andreas Baum und Paul Kirchhoff.
127. **Julia Tokai, Christa Wehner** Okt. 2008
Konzept und Resultate einer Online-Befragung von Marketing-Professoren an deutschen Fachhochschulen zum Bologna-Prozess
128. **Thomas Cleff, Lisa Luppold, Gabriele Naderer, Jürgen Volkert** Dez. 2008
Tätermotivation in der Wirtschaftskriminalität
129. **Frank Thuselt** Juni 2009
Das Arbeiten mit Numerik-Programmen. MATLAB, Scilab und Octave in der Anwendung.
130. **Helmut Wienert**
Wachstumsmotor Industrie? Zur Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts
131. **Sebastian Schulz**
Nutzung thermodynamischer Datensätze zur Simulation von Werkstoffgefügen (aus der Reihe „Focus Werkstoffe“, Hrsg. Norbert Jost).
132. **Hanno Beck; Kirsten Wüst**
Gescheiterte Diäten, Wucherzinsen und Wartepremien: Die neue ökonomische Theorie der Zeit.
133. **Helmut Wienert**
Was riet der Rat? Eine kommentierte Zusammenstellung von Aussagen des Sachverständigenrats zur Regulierung der Finanzmärkte und zugleich eine Chronik der Entstehung der Krise
134. **Norbert Jost (Hrsg.)**
Norbert Jost (Hrsg.): Werkstoffe und Technologien zur Kaltverformung
135. **Frank Morelli**
Geschäftsprozessmodellierung ist tot – lang lebe die Geschäftsprozessmodellierung!
136. **T. Cleff, L. Fischer, C. Sepúlveda, N. Walter**
How global are global brands? An empirical brand equity analysis
137. **Kim Neuer**
Achieving Lisbon – The EU's R&D Challenge The role of the public sector and implications of US best practice on regional policymaking in Europe
138. **Bernd Noll**
Zehn Thesen zur Corporate Governance
139. **Pforzheim University**
Communication on progress. PRME Report 2008
140. **Rainer Maurer**
Unternehmensverantwortung für soziale und ökologische Nachhaltigkeit – darf man auch anderer Meinung sein? Einige kritische Anmerkungen zum PRME-Report der Hochschule
141. **Barbara Reeb; Malte Krome**
Arm trotz Arbeit? Zum Für und Wider von Mindestlöhnen
142. **B. Eng. Daniel Wyn Müller**
Titanschäume als Knochenimplantat (aus der Reihe „Focus Werkstoffe“, Hrsg. Norbert Jost).
143. **Alexander Martin Matz, Norbert Jost**
Fouling an offenporigen zellulären Werkstoffen auf Al-Basis unter beheizten wässrigen Bedingungen (aus der Reihe „Focus Werkstoffe“, Hrsg. Norbert Jost).
144. **Norbert Jost, Roman Klink (Hrsg.)**
Tagungsband zum 1. Pforzheimer Werkstofftag
145. **Norbert Jost, Roman Klink (Hrsg.)**
Tagungsband zum 2. Pforzheimer Werkstofftag. Aus der Reihe „Leichtbau“, Hrsg.: N. Jost, R. Klink.
146. **Helmut Wienert**
Zur Entwicklung der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen) in Deutschland
147. **Jürgen Antony**
Technical Change and the Elasticity of Factor Substitution
148. **Stephanie Görlach**
Ressourceneffizienz in Deutschland
149. **Norbert Jost (Hrsg.)**
Focus Werkstoffe. Tagungsband zum 3. Pforzheimer Werkstofftag
150. **Bernd Noll**
Unternehmenskulturen – entscheidender Ansatzpunkt für wirtschaftsethisches Handeln?
151. **Human Resources Competence Center**
50 Jahre Personalmanagement an Der Hochschule - Jubiläumsband

Verzeichnis der bisher erschienenen Beiträge

- 152 Rainer Maurer**
Auf dem Weg zur weltanschaulichen Bekenntnis-
schule: Das wirtschaftspolitische Leitbild der Hoch-
schule Pforzheim
- 153 Norbert Jost (Hrsg.)**
Tagungsband Pforzheimer Werkstofftag
- 154 Jessica Elena Balzer**
Spielen mit guten Gewissen: Ein Vorschlag zur
Zertifizierung der deutschen Spielwarenindustrie
und ein Schritt näher zum Schachmatt des Green-
washing
- 155 Jaqueline Paasche**
Kopieren, transformieren, kombinieren –
Ideenklau und Plagiarismus in der Werbung
- 156 Vanessa Zeiler**
Mobile User Experience – Der Einfluss von kogniti-
vem Entertainment auf die Nutzung mobiler An-
wendungen
- 157 Mario Kotzab, Maximilian Pflug**
Das bedingungslose Grundeinkommen